

Zeitschrift: Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels
Band: 48 (1939)
Heft: 45

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZER HOTEL-REVUE

Nº 45

BASEL, 9. Nov. 1939

FACHORGAN FÜR DIE HOTELLERIE UND DEN FREMDENVERKEHR

Nº 45

BALE, 9 nov. 1939

INSERATE: Die einspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 45 Cts. Reklamen Fr. 1.50 pro Zeile. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt.

ABONNEMENT: SCHWEIZ: jährl. Fr. 12.—, halb. Fr. 7.—, vierteljährlich Fr. 4.—, monatlich Fr. 1.50. AUSLAND: bei direktem Bezug jährl. Fr. 15.—, halbjährlich Fr. 8.50, vierteljährlich Fr. 5.—, monatlich Fr. 1.80. Postabonnements: Preise bei den ausländischen Postämtern erfragen. Für Adressänderungen ist eine Taxe von 30 Cts. zu entrichten.

Eigentum des Schweizer Hotelier-Vereins



Propriété de la Société Suisse des Hôteliers

Erscheint jeden Donnerstag

Achtundvierzigster Jahrgang
Quarante-huitième année

Paraît tous les jeudis

ANNONCES: La ligne de 6 points ou son espace 45 cts. réclames fr. 1.50 par ligne. Rabais proportionnel pour annonces répétées.

ABONNEMENTS: SUISSE: douze mois fr. 12.—, six mois fr. 7.—, trois mois fr. 4.—, un mois fr. 1.50. Pour l'ÉTRANGER abonnement 1 an, 15 fr.; 6 mois, 8 fr. 50; 3 mois, 5 fr.; 1 mois, 1 fr. 80. Abonnements à la poste: demander le prix aux offices de poste étrangers. Pour les changements d'adresse il est perçu une taxe de 30 centimes.

Postcheck- & Giro-Konto No. V 85 | Redaktion u. Expedition: Gartenstrasse No. 112, Basel | TELEPHON No. 27934 | Rédaction et Administration: Gartenstrasse No. 112, Bâle | Compte de chèques postaux No. V85

Die Notmassnahmen des Bundesrates zum Schutze des Hotelgewerbes

Von Dr. C. Jaeger, a. Bundesrichter

Als mit Kriegsausbruch die schweizerischen Hotels sich von einem Tag auf den andern leerten, ein katastrophaler Rückgang der Einnahmen in sicherer Aussicht stand und damit für viele Hotels die finanzielle Situation bedrohlich wurde, hat der Verwaltungsrat der schweizerischen Hoteltruhand-Gesellschaft sich sofort mit dieser Sachlage befasst und beschlossen, dem Bundesrat den Erlass einer Notverordnung zu beantragen, durch welche dem drohenden Ruin vieler Hoteliers vorgebeugt werden könnte. Dabei handelte es sich nach der einstimmigen Ansicht des Verwaltungsrates zum vornehmsten um eine vorübergehende Massnahme, dazu bestimmt, dem durch die Kriegereignisse plötzlich in finanzielle Bedrängnis geratenen Hotelier das Durchhalten wenigstens bis zum Ende des nächsten Jahres zu ermöglichen. Denn noch ist ja der Bundesbeschluss über die vorübergehenden rechtlichen Schutzmassnahmen für die Hotelindustrie vom 21. Juni 1935 in Kraft. Er ermöglicht den Abschluss eines Pfandnachslassvertrages mit Stundung der Kapitalforderungen, Beschränkung des Zinsfusses für gedeckte Kapitalien, Ausschluss der Verzinslichkeit für ungedeckte Kapitalforderungen und Tilgung der rückständigen pfandversicherten Zinsen. Beim Bundesrat liegt sodann seit mehreren Monaten ein auf eingehenden Beratungen beruhender Entwurf zu einem neuen Gesetz über die Sanierung der Hotelindustrie mit Tilgung der ungedeckten Pfandschulden. Man hofft, dieses Gesetz, das dazu bestimmt ist, die finanziellen Verhältnisse der notleidenden Hotellerie endgültig zu sanieren, im Laufe des Jahres 1940 in den eidgenössischen Räten unter Dach zu bringen. Was sofort not tat, war daher nur die Schaffung der Möglichkeit für die durch die Kriegereignisse überraschten und in momentane Verlegenheit geratenen Schuldner, sich der drängenden Gläubiger bis zum Ablauf des Jahres 1940 erwehren zu können.

Während dieser Zeit, hofft man, werden sich die Verhältnisse einigermaßen abklären, so dass dann diejenigen Betriebe, welche eine radikale Entschuldung notwendig haben, das bis dann in Kraft getretene Gesetz anrufen können.

Dieser Verordnungsentwurf für eine momentane Überbrückungsmassnahme zu Gunsten der Hotellerie lag beim Bundesrat, als er sich auch mit der Frage zu befassen hatte, ob nicht für die Zeit nach Ablauf des an den Betrag sich anknüpfenden verlängerten Rechtsstillstandes für die Allgemeinheit der durch die Kriegereignisse in Mitleidenschaft gezogenen Schuldner Milderungen der Zwangsvollstreckung verfügt werden sollten. Eine zu diesem Zwecke ausgearbeitete Verordnung wurde durch eine Expertenkommission am 9. und 10. Oktober in Bern beraten. Auf das Ergebnis dieser Beratungen stützt sich die vom Bundesrat am 17. Oktober erlassene Notverordnung betreffend Milderung der Zwangsvollstreckung über eine dem durch die Kriegereignisse zahlungsunfähig gewordenen Schuldner zu bewilligende sogenannte Notstundung. Ferner werden die Fristen des Rechtsstillstandes für Personen, die im aktiven Militärdienst stehen, um 3 Wochen nach Beendigung des Dienstes oder Urlaubes verlängert. Es kann weiter eine Verlängerung der Frist

zur Ausweisung von Mietern und Pächtern verlangt werden, wenn der rückständige Mietzins in Raten abbezahlt werden kann. Für Schuldner, welche der Konkursbetreibung unterliegen, wird die Möglichkeit geschaffen, die Eröffnung des Konkurses um 3 Monate hinauszuschieben, wenn Abschlagszahlungen geleistet werden. Sodann sind Vorschriften aufgestellt worden, welche die Möglichkeit der Pfändung und Verwertung von Hausratsgegenständen eines Schuldners einschränken, sofern dabei für den Gläubiger nichts herauszuschaut. Die längst allgemein als überfällig anerkannte zweite Steigerung von gepfändeten und als Pfänder zu verwertenden Gegenständen wird abgeschafft. Endlich werden für das Nachlassverfahren erleichternde Bestimmungen aufgestellt. Für einen gewerbetreibenden Schuldner, dessen wirtschaftliche Existenz mit dem Besitz eines Grundstückes verbunden ist, wird die Möglichkeit geschaffen, im Nachlassverfahren eine Stundung fälliger Grundpfandkapitalien, und einen teilweisen oder gänzlichen Nachlass oder eine Stundung von Zinsen ungedeckter Grundpfandforderungen für zwei Jahre zu erwirken.

Nachdem nun auch die vom Verwaltungsrat der Hoteltruhandgesellschaft vorgelegte Verordnung für die Hotelindustrie vom Bundesrat unter dem 3. November in Kraft gesetzt worden ist, also zwei Erlasse nebeneinander bestehen, welche einem bedrängten Schuldner eine Stundungsmöglichkeit einräumen, dürfte eine Aufklärung darüber an-

gezeigt sein, wie die beiden Erlasse sich zueinander verhalten und in welchen Punkten sie sich voneinander unterscheiden. Das soll im Nachstehenden versucht werden.

I.

Die Verordnung über die Milderung der Zwangsvollstreckung (hiernach mit VZ bezeichnet), ist auf die Hotellerie nicht anwendbar, soweit darin die sogenannte Notstundung geordnet ist. Denn eine solche Stundung will ja eben für das Hotelgewerbe ausschliesslich die besondere Verordnung vom 3. November (hiernach bezeichnet mit V H) einführen und zwar unter etwas andern Voraussetzungen und mit anderen Wirkungen. Das soll unter II hiernach näher ausgeführt werden. Hier sei zunächst festgestellt, welche einzelnen der andern Abschnitte der V Z auf die Hotellerie ebenfalls Anwendung finden können.

1. Diese Anwendbarkeit ist selbstverständlich bezüglich des Rechtsstillstandes des Wehrmannes. Der im Aktivdienst stehende Hotel-eigentümer oder Pächter kann also während dieser Zeit und noch während 3 Wochen nach seiner Entlassung oder nach Antritt eines Urlaubes für Schulden aus dem Hotelbetrieb nicht in Betreibung gesetzt werden, auch wenn er den Betrieb durch seine Angehörigen oder durch Angestellte fortsetzt.

2. Die Bestimmungen über die Pfändungsbeschränkung in Art. 17 und 18 der V Z werden auf den Hotelier selten anwendbar sein, da er ja meistens im Handelsregister eingetragen und daher auf Konkurs zu betreiben sein wird. Ist er ausnahmsweise nicht eingetragen und ist es zu einer Pfändung ihm gegenüber gekommen, oder ist er auf Verwertung eines Pfandes betriebs, so kann er unter Berufung darauf, dass er durch die Kriegereignisse in finanzielle Bedrängnis gekommen ist, die Aufschubung der Verwertung um 7 Monate, in Notfällen sogar bis auf ein Jahr verlangen, sofern er während dieser Zeit die Schuld in regelmäßigen Raten abbezahlen kann. Für Lohnschulden und für Alimentationsbeträge kann der Aufschub nur bis auf drei Monate gehen.

3. Wichtig ist für den Hotelier sodann die Vorschrift, dass ein im Handelsregister eingetragener Schuldner, der glaubhaft macht, dass er ohne eigenes Verschulden infolge der Kriegereignisse eine Schuld nicht voll bezahlen kann, für welche die Konkursandrohung erlassen worden ist, diese Schuld in viermonatlichen Raten abbezahlen und, wenn er die erste Rate sofort bezahlt, Hinausschiebung der Konkursöffnung um 3 Monate verlangen kann. Sollte ein Hotelier die später zu besprechende Hotelstundung nicht erhalten haben und die Betreibung gegen ihn

Inhaltsverzeichnis:

Seite 2: Nach den Nationalratswahlen — Rege Mitarbeit erwünscht — Der Bock als Gärtner? Seite 3: Kriegswirtschaftliche Massnahmen und Marktmeldungen. Seite 4: Verordnung über eine Stundung für die Hotelindustrie. Seite 5: Kleine Chronik — Pabo — Personalrubrik.

Wer hat im kommenden Winter offen?

Wie uns einige der SBB-Auslandsagenturen mitteilen, liegen eine Anzahl Anfragen über die Offenhaltung der Hotels in verschiedenen Wintersportplätzen vor. Damit die Agenturen die Interessenten zuverlässig beraten können, müssen diese unsererseits umgehend orientiert werden.

Wir ersuchen daher die Mitglieder-Betriebe in Wintersportplätzen, welche im Winter 1939/40 offen halten, dies uns sofort zu melden.

Zentralbureau SHV, Basel.

daher bis zur Konkursandrohung fortgesetzt werden, so bleibt ihm immer noch die Möglichkeit, auf diese Weise die Katastrophe vielleicht hinauszuschieben.

4. Wichtig für die Pächter von Hotels sind sodann die Bestimmungen des 5. Abschnittes der V Z über die Ausweisung von Mietern und Pächtern. Kann ein Hotelpächter nachweisen, dass er ohne eigenes Verschulden infolge der Kriegereignisse den Pachtzins nicht sofort voll bezahlen kann und hat ihm der Eigentümer deshalb gemäss O. R. 293 die Ausweisung auf 60 Tage angedroht, so kann der Pächter von der für die Mieterausweisungen zuständigen kantonalen Behörde verlangen, dass sie ihm die Frist zur Bezahlung des Pachtzins bis auf höchstens 6 Monate verlängere. Ist das geschehen, so muss der Pächter so lange noch auf dem Pachtobjekt bleiben, wenn

a) ausreichende Retentionsgegenstände vorhanden sind, welche den rückständigen und den während der Fristerstreckung laufenden Pachtzins sichern, oder wenn der Pächter dafür anderweitige Sicherheit leistet, z. B. durch Bürgschaft. —

b) der Pächter sofort eine Abschlagszahlung von mindestens einem Viertel des verfallenen Pachtzins leistet und sich verpflichtet, den Rest bis zum Ablauf der 6 Monate in Raten abzuzahlen.

Während dieser verlängerten Frist von 6 Monaten kann der Pächter dann allenfalls, gestützt auf Art. 60 des Bundesbeschlusses über die rechtlichen Schutzmassnahmen für die Hotelindustrie vom 21. Juni 1935 bei der Nachlassbehörde einen angemessenen Nachlass an verfallenen und an zwei künftig fällig werdenden Jahrespachtzinsen oder eine Stundung derselben verlangen. Oder er kann, wenn er auch von andern Gläubigern bedrängt ist, z. B. von Lieferanten, die Hotelstundung für sich in Anspruch nehmen und eine Stundung sämtlicher anderer laufender Schuldverpflichtungen auf 1 Jahr, längstens bis Ende 1940 verlangen. Diese Hotelstundung allein schützt ihn nicht gegen die Ausweisung, weil sie nur die Betreibungen untersagt. Die Ausweisungsandrohung nach O. R. kann aber erlassen werden, ohne dass für den rückständigen Pachtzins Betreibung angehängt wird. Die Fristanzsetzung gemäss O. R. 293 kann auch durch einfachen Brief oder durch Vermittlung einer andern Amtsstelle als das Betreibungsamt erfolgen.

5. Die Bestimmungen der V Z über den Nachlassvertrag brauchen hier nicht näher behandelt zu werden. Sie werden von einem Hotel-eigentümer kaum je in Anspruch genommen werden, da der Pfandnachslassvertrag, den ihm der erwähnte Bundesbeschluss vom 21. Juni 1935 zur Verfügung stellt, seinen Verhältnissen besser angepasst ist und ihm weitgehende Erleichterungen gewährt. Dagegen dürften die Eigentümer von Gastwirtschaften in der Lage sein, sich dieser Bestimmungen zu bedienen, da sie ihnen ermöglichen, auch von ihren Pfandgläubigern eine Stundung für die grundpfandversicherten Kapitalien für höchstens zwei Jahre und ebenfalls eine Stundung oder sogar einen teilweisen oder vollständigen Erlass von Zinsen ungedeckter Grundpfandforderungen für die gleiche Frist zu erlangen.

II.

Vergleichen wir nun die Vorschriften der V H über die Hotelstundung mit denjenigen der V Z über die Notstundung, so zeigt sich folgendes Bild:

Ausserordentliche Delegierten-Versammlung

Donnerstag, 16. November 1939, vormittags 10 Uhr, Hotel Schweizerhof in Bern

TRAKTANDEN

1. Allgemeine Lage.
Einleitende Bemerkungen des Herrn Zentralpräsidenten Dr. H. Seiler.
2. a) Preisgestaltung und Rationierung.
Referent: Herr Dr. R. C. Streiff.
b) Preisnormierung.
Referent: Herr Vizepräsident H. R. Jaussi.
3. Notvorschriften für die Hotellerie (Notstundung).
Referent: Herr Dr. M. Riesen.
4. Rechtliche und finanzielle Sanierungsmassnahmen für die Hotellerie.
Referent: Herr Fr. von Almen.
5. Mitteilungen über die Vertretung der Hotellerie in der Bundesverwaltung.
6. Angestelltenfragen, speziell Ausgleichskassen.
Referent: Herr F. Cottier.
7. Propagandafragen, speziell Frage des Hotelführers.
Referent: Herr H. Bon.
8. Tagesfragen:
a) Die neuen Wirtschaftsartikel.
Referent: Herr Dr. M. Riesen.
b) Zur Abstimmung über das eidg. Beamtenengesetz.
Referent: Herr Dr. A. Büchi.
9. Bericht über die Landesausstellung.
Referent: Herr Ed. Elwert.
10. Unvorhergesehenes.

Wir hoffen, die Sektionen vollzählig und auch Einzelmitglieder recht zahlreich an der wichtigen Tagung begrüssen zu können und entbieten allseitig herzlichen Vereinsgruss.

SCHWEIZER HOTELIER-VEREIN

Der Zentralpräsident: Der Direktor des Zentralbureau:
Dr. H. Seiler. Dr. M. Riesen.

1. Die Notstundung kann, solange die VZ in Geltung ist, d. h. „bis auf weiteres“ für die Dauer eines Jahres verlangt werden, auch wenn dieses Jahr sich über das Jahr 1940 hinaus erstreckt. Die Hotelstundung dagegen kann für grundpfandversicherte Kapitalforderungen für höchstens 2 Jahre nach Eintritt ihrer Fälligkeit bewilligt werden. Für alle anderen Forderungen, also die gewöhnlichen Kurrentforderungen, die Zinsen von grundpfandversicherten Kapitalien, die durch Faustpfand gesicherten Forderungen und auch die Steuern und Abgaben kann die Stundung dagegen nur erteilt werden bis Ende des Jahres 1940. Praktisch sind damit Stundungsgesuche ausgeschlossen, die erst in den letzten 2 oder 3 Monaten des Jahres 1940 für andere als grundpfandversicherte Kapitalien gestellt werden. Solche Gesuche sollten dann eben nach dem inzwischen in Kraft getretenen neuen Gesetz über die Hotel-sanierung behandelt werden können.

Von der Notstundung werden nicht betroffen Forderungen unter Fr. 50.—, sowie die nach Art. 219 Sch. K. G. in der I. Klasse privilegierten Lohnforderungen und die periodischen Unterhaltsforderungen. Das gleiche gilt auch für die Hotelstundung, mit Ausnahme der Forderungen unter Fr. 50.—.

2. Die Wirkungen der Notstundung gehen weniger weit als diejenigen der Hotelstundung. Die Notstundung hindert nicht die Anhebung von Betreibungen; sie verhindert nur eine Verwertung von gepfändeten oder verpfändeten Gegenständen und die Konkursöffnung. Die Hotelstundung dagegen stellt während ihrer Dauer jede Betreibungshandlung ein. Der Hotelier, dem eine Stundung bewilligt worden ist, untersteht dafür während derselben der Aufsicht und Kontrolle der schweizerischen Hotel-treuhandgesellschaft, die ihm nötigenfalls verbindliche Weisungen über die Geschäfts- und die Buchführung erteilen und, wenn diese nicht beachtet werden, bei der Nachlassbehörde die Aufhebung der Stundung beantragen kann. Grundstücke veräußern oder belasten, Pfänder bestellen und Bürgschaften eingehen kann er gültig nur mit Zustimmung der Hotel-treuhandgesellschaft. Für einen Schuldner, der die Notstundung genießt, kann, muss aber nicht ein Sachwalter bestellt werden. Um ihn in seiner Verfügungsfähigkeit über Grundstücke und hinsichtlich unentgeltlicher Verfügungen einzuschränken, bedarf es einer besondern Anordnung der Nachlassbehörde, die zu veröffentlichten ist.

3. Zuständig zur Erteilung der Notstundung sind als erste Instanz die untern kantonalen Nachlassbehörden, mit der Möglichkeit der Weiterziehung ihres Entscheides an die obere kantonale Instanz, aber ohne Rekursmöglichkeit an das Bundesgericht. Die Hotelstundung dagegen wird von der obern kantonalen Nachlassbehörde als einziger kantonalen Instanz bewilligt. Ihr Entscheid ist wegen Rechtsverletzung und Rechtsverweigerung oder Verzögerung an das Bundesgericht weiter ziehbar.

4. Über jedes Gesuch um Erteilung einer Hotelstundung hat die Hotel-treuhandgesellschaft der Nachlassbehörde ihr Gutachten abzugeben. Die Hotel-treuhandgesellschaft wird dann zunächst mit den Gläubigern verhandeln und eine gültige Einigung zustande zu bringen versuchen. Gelingt ihr das mit sämtlichen Pfandgläubigern und hat sie die Zustimmung zur Stundung auch für wenigstens $\frac{2}{3}$ der Kurrentforderungen erhalten, so erklärt die Nachlassbehörde die Stundung auch für das nicht zustimmende Drittel verbindlich und findet ein weiteres Verfahren nicht statt.

Nichts hindert nun selbstverständlich die Hotel-treuhandgesellschaft, auf ein bei ihr vom Hotelier direkt angebrachtes Gesuch hin auch schon vor Anhängigmachung eines Begehrens bei der Nachlassbehörde solche Verhandlungen mit den Gläubigern des bedrängten Hoteliers anzubahnen. In denjenigen Fällen, wo sie mit sämtlichen Gläubigern eine Einigung erzielt, wird das gerichtliche Verfahren selbstverständlich überflüssig. Kommt sie zwar mit allen Pfandgläubigern zu einer Einigung und mit den Vertretern von $\frac{2}{3}$ der Kurrentforderungen, dann ist die Einreichung des Gesuches bei der Nachlassbehörde nur noch eine Formsache. Es kann dann auf die Ergebnisse der Verhandlungen hingewiesen werden und es genügt, dass die Nachlassbehörde die Abmachung auch noch für den nichtzustimmenden Drittel der Kurrentforderungen als

verbindlich erklärt. Nur wenn sich die Einigung auf weniger als $\frac{2}{3}$ der Kurrentgläubiger und nicht auf alle Pfandgläubiger erstreckt, wird es notwendig werden, das in der Verordnung vorgeschriebene Verfahren vollständig durchzuführen.

5. Sehr wichtig ist, dass im Verfahren zur Erteilung der Hotelstundung weder ein öffentlicher Schuldenruf, noch eine öffentliche Vorladung der Gläubiger vor die Nachlassbehörde, noch eine Publikation des Entscheides stattfindet, währenddem die Notstundung immer öffentlich bekanntgemacht werden muss.

6. Die V H über die Hotelstundung enthält noch Bestimmungen über die Wirkung der Stundungen für die Bürgen, die in dem Kapitel der V Z über die Notstundungen nicht enthalten sind. Die Hotelstundung kann darnach auch erstreckt werden auf die Solitärbürgen, wenn sie in einem besonderen Gesuche glaubhaft machen, dass sie ohne die Stundung in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet werden. Auf die einfachen Bürgen erstreckt sich dagegen die Stundung von Gesetzes wegen.

7. Ein Widerruf sowohl der Notstundung, wie der Hotelstundung ist vorgesehen für den Fall, dass die Stundung

nicht mehr benötigt wird, oder dass der Schuldner unwahre Angaben gemacht oder die Gläubigerinteressen gefährdet hat.

8. Endlich muss noch speziell über eine Bestimmung singulärer Art in der Verordnung über die Hotelstundung hingewiesen werden. In Art. 14 erhält nämlich die Hotel-treuhandgesellschaft die Ermächtigung, für die zu ihren Gunsten ausgestellten Amortisations-Pfandstücken entweder die ganze Annuität bis 1940 zu stunden, oder nur die Bezahlung der Kapitalabzahlungsrate bis zu diesem Zeitpunkt zu sistieren, auch ohne dass die nachgehenden Pfandgläubiger dazu ihr Einverständnis erteilt haben. Damit soll dem Schuldner, dem mit dieser Massnahme allein schon geholfen werden kann, ermöglicht werden, das gerichtliche Verfahren zu umgehen.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, dass die Hotelstundung zwar nur auf kürzere Frist bewilligt werden kann als die Notstundung, dass sie dagegen im übrigen in den meisten Punkten weiter im Schutze des Hoteliers geht als die Notstundung. Daher war es selbstverständlich, dass die V Z die Hotelbetriebe von der Notstundung ausdrücklich ausgenommen hat. Die Hoteliers haben nach meiner Auffassung sicherlich keinen Anlass, sich darüber zu beklagen.

Umschau

Nach den Nationalratswahlen

Die Ergebnisse der Nationalratswahlen haben weder grosse Überraschungen noch erhebliche Änderungen in der Zusammensetzung der bisherigen Volkskammer gebracht. Die Stärke der historischen Parteien hat sich kaum verändert, dagegen sind die extremen Splitterparteien von der Bildfläche verschwunden. Im ganzen ziehen nur 32 neugewählte Männer ein, während fünf Sechstel der bisherigen in der kommenden Amtsdauer im Rate verbleiben.

Sehr erfreulich für uns ist, die ehrenvolle Wiederwahl der beiden bisherigen Wortführer des Fremdenverkehrs, der Herren F. von Almen und Dr. M. Gafner. Ebenso ist die Bestätigung all der Gewerbevertreter zu begrüssen, für die wir vor den Wahlen noch eine Lanze brachen. Auch die parlamentarische Gruppe für Verkehr, Touristik und Hotellerie geht fast unverändert aus dem Wahlgeschäft hervor. Möge eine Anzahl der neuen Parlamentarier sich dieser Gruppe anschliessen, denn sie ist stark genug und mag eine Ergänzung durch neue und jüngere Kräfte recht gut vertragen. Leider hat die Abstimmung in Graubünden keinem der dort aufgestellten Kandidaten aus der Hotellerie den Weg in den Nationalrat eröffnet. Es hätte nichts geschadet, wenn aus dem ausgesprochenen Fremdenverkehrskanton ein Hotelfachmann delegiert worden wäre, und man wird in Fremdenverkehrskreisen auch gut daran tun, das Terrain hierfür ein nächstes Mal beizeiten und gründlich vorzubereiten. Alles in allem ist es, von unserem Standpunkt aus gesehen, trotz der Erneuerung des Rates ziemlich beim alten geblieben, doch dürfen wir hoffen, dass es den „Bisherigen“, zusammen mit bewährten und neuen Kollegen, möglich sein wird, den Belangen des Fremdenverkehrs und der Hotellerie diejenige parlamentarische Unterstützung zu sichern, die sie in den kommenden Jahren mehr als je notwendig hat, aber auch verdient.

Rege Mitarbeit erwünscht!

Der Traktandenliste zur a. o. Delegiertenversammlung in Bern ist zu entnehmen, dass all die wichtigen Berufsfragen und betriebswirtschaftlichen Probleme zur Erörterung kommen werden, die durch die plötzliche Umgestaltung der Lage im In- und Ausland in den Vordergrund des Interesses gerückt sind und einer baldigen Abklärung bedürfen. In einer Reihe von Referaten soll die gegenwärtige Lage dargestellt und analysiert werden. Dort, wo Entschlüsse zu fassen sind, wird der Zentralvorstand entsprechende Vorschläge unterbreiten. Allein die von der Vereinsleitung an Hand genommene Vorbereitung der Versammlungsgeschäfte hat durchaus nicht etwa die Meinung, als sei damit der endgültige Rahmen der Verhandlungen festgelegt. Im Gegenteil zählt der Zentralvorstand sehr auf die aktive und initiative Mitarbeit der Sektionen, Mitglieder und Delegierten. Die ersteren werden dringend gebeten, Vorschläge irgendwelcher

Art, die zur Besserung der Lage im Hotelgewerbe beitragen könnten oder Anregungen über Geschäfte, die anlässlich der Versammlung ebenfalls zur Sprache kommen sollten, umgehend bekanntzugeben. Von den Delegierten erwartet er eine lebhaftige Beteiligung an der Aussprache. Der Vorstand wird gerne jeden guten Rat aus der Mitte der Versammlung zur sofortigen Behandlung oder einlässlichen Prüfung entgegennehmen. Die Vereinsleitung muss aus dem gegenseitigen Meinungsaustausch die Gewissheit entnehmen können, dass ihre Vorschläge und Anordnungen nicht nur die Zustimmung, sondern auch die restlose Unterstützung der im SHV zusammengeschlossenen Hotellerie finden. Die Teilnehmer an der Delegiertenversammlung mögen sich daher nicht damit begnügen, die Berichte entgegenzunehmen und die unterbreiteten Massnahmen stillschweigend zu genehmigen. Sie sollen im Gegenteil auch ihrer Meinung Ausdruck geben, ob die vorgesehene Beschlüsse genügen oder ob sie ergänzt evtl. durch weitere, zu vervollständigen seien. Eine Vorbesprechung der Traktanden in den Sektionen, unter Mitgliedern und Delegierten, sowie die Erörterung neuer Anregungen ist um so notwendiger, als solche Tagungen nicht in kurzen Zeitschnitten wiederholt werden können. Zudem sind die zu treffenden Entschlüsse von nicht zu unterschätzender Tragweite und müssen, um dann in der Praxis wirksam zu sein, auch konsequent und ohne Ausnahme zur Anwendung kommen. Deshalb mache es sich jeder Teilnehmer zur Pflicht, durch aktive Unterstützung des Zentralvorstandes während den Beratungen am erspriesslichen Ergebnis der Verhandlungen zum Wohle des Hotelgewerbes das Seine beizutragen.

Der Bock als Gärtner?

Die Stimmen wollen nicht verstummen, die von einer beträchtlichen Erhöhung, ja sogar Verdoppelung der Gebühr für ein Einreisevisum zu berichten wissen. Anfragen im Bundeshaus werden achselzuckend oder ausweichend beantwortet, sodass man immer mehr befürchten muss, es braue sich wieder etwas gegen den Fremdenverkehr zusammen. Bekanntlich wurde aus politischen und militärischen Erwägungen die Grenze bei Kriegsausbruch für Ausländer fast hermetisch abgeriegelt und blieb während Wochen auch für einwandfreie Fremde geschlossen, die einzig zu Erholungs-, Kur- oder Studienzwecken nach der Schweiz kommen wollten. Diese Massnahme, die in den ersten Septembertagen gerechtfertigt gewesen sein mag, dann aber bereits zu lange andauerte, hat die Hotellerie noch um ihre letzten Auslandsgäste gebracht, mit denen sie in den Nachsommer tagen noch hätte zählen können. Manchen Betrieben ist dadurch ein Schaden entstanden, der in die Tausende von Franken geht, nicht zu reden von der Verärgerung der Fremden, die der Schweiz bisher wohlgesinnt waren.

Man atmete daher in unseren Kreisen befreit auf, als durch die Änderung der

fremdenpolizeilichen Regelung eine Lockerung dieser Sperre eintrat. Jetzt soll also die kaum gewährte Einreise-Erleichterung durch einen fiskalischen Beizug in kurz-sichtiger Weise schon wieder illusorisch gemacht werden? Das hiesse nun wirklich den Bock zum Gärtner machen!

Dem Ausländer fällt schon heute der Entschluss sehr schwer, seine Ferien ausserhalb des eigenen Landes zu verbringen. Die Reise an den fernen Ferienort ist nichts weniger als ein Vergnügen, ja sie wird vielerorts bereits zu einem gewissen Wagnis. Dazu kommen die zeitraubenden, umständlichen und in der ganzen Welt unpopulären Formalitäten aller Art, um Ausreise, Transit durch andere Staaten, Einreise in die Schweiz und schliesslich die Rückreise sicherzustellen. Zu den Pass- und Visumumständlichkeiten gesellen sich Devisenschwierigkeiten und was der Hemmnisse unerschöpflicher Art noch mehr sind.

Hat sich ein Gast zum Besuch der Schweiz entschlossen und nimmt er alle diese Fährnisse auf sich, so knöpft ihm die „gastfreundliche“ Schweiz zum Dank für seinen Entschluss und als ersten eidgenössischen Gruss eine nicht unbeträchtliche Gebühr für die Bemühungen der Konsularbeamten ab. Der klingende Gegenwert für diese aufopfernde Tätigkeit des Konsulardienstes betrug bis anhin schon einen Fünftel. Nun scheint er gar auf das Doppelte erhöht zu werden. Wer Friedensferien in der Schweiz verbringen will, der soll dafür auch bezahlen! Als weiterer Willkomm im Inland erwartet den Gast dann noch die kantonale Anmeldegebühr. Meinen es die verschiedenen Kantone, die der Fremde bereist, mit ihm besonders gut, so kann er besagte Kontrollgebühr gleich mehrmals entrichten!

Derlei Massnahmen, die als Fremdenschreck wirken müssen, erinnert der nämliche Mr. le bureau, der noch vor wenigen Tagen die Einreisebestimmungen neu regelte, um damit den berechtigten Begehren des Fremdenverkehrs Rechnung zu tragen. Auf kurz-sichtigste Art und Weise verärgert und verschleudert der nämliche Staat die fremden Gäste, die er auf der andern Seite durch finanzielle Unterstützung der Verkehrswerbung ins Land zu bringen versucht. Zehntausende von Franken wurden in den letzten Jahren ausgegeben, um den Fremden für unser Land zu interessieren. In den Jahren nach dem Kriege sollen es sogar einige Hunderttausend sein, und Handkehrum macht man alle diese Anstrengungen zunichte mit der Jagd auf ein paar Fünftel für eine abtossende Visumgebühr!

Es erübrigt sich heute, näher auf die Absurdität einer solch zweipoligen Praxis näher einzutreten oder gar den kaum wieder gutzumachenden Schaden zu schildern, der auf diese Weise dem Fremdenverkehr zugefügt würde. Die obigen Andeutungen sollten genügen, damit auf das unglückliche Projekt verzichtet und dieses endgültig in einer Schublade versenkt wird. Damit würde sich Bern den Dank der Fremdenverkehrskreise sichern und verhindern, dass man dem heute doppelt notwendigen und für unsere Staatsfinanzen so wichtigen unsichtbaren Export mit der einen Hand das nimmt, was man ihm mit der anderen zu geben bereit war.

Der Hotelier muss heute in vielen Fragen versiert sein!

Zwei wertvolle Nachschlagewerke, die ihm in manchen Fällen sehr gute Dienste leisten sind

Das Rechtsbuch für den Schweizer Hotelier

von Dr. B. Feuersenger

Bereits in 2. neubearbeiteter Auflage erschienen. (Vorzugspreis Fr. 5.— für Mitglieder.) Aus dem Inhalt: Rechtsbeziehungen zwischen Hotelier und Gast. Rechtsverhältnis zwischen Hotelier und Hotelpersonal. Der Hotelbetrieb in öffentlich-rechtl. Beziehung. Rechtsgesetz aus dem Forderungsrecht.

Die Wirtschaftliche Bedeutung des schweizer. Hotelgewerbes

von Dr. H. Gartner

Orientiert als neuestes Quellenwerk auf Grund eines reichhaltigen Zahlenmaterials und vielen interessanten Textkapiteln über die wirtschaftliche Struktur des Hotelgewerbes. Aus dem Inhalt: Anlage- und Schuldkapital. Die Betriebszahlen. Details der Betriebsrechnung. Unterhalt und Erneuerung der Anlagen. Verzinsung des Kapitals. Der Betriebsaufwand. Die Kosten der Logiernacht.

Das Buch ist kürzlich erst herausgekommen und wurde bereits von mehreren Fachleuten und Betriebswirtschaftlern sehr günstig beurteilt. Vorzugspreis für Mitglieder Fr. 20.—

Zu beziehen durch das Zentralbureau SHV in Basel

Kriegswirtschaftliche Massnahmen und Marktmeldungen

Erhöhung des Produzenten-Milchpreises auf 20 Rp.

Das Kriegsernährungsamt, im Einvernehmen mit der Eidgenössischen Preiskontrollstelle, teilt folgendes mit:

Die eidgenössischen Räte haben in der letzten Juni-Session zugunsten der Milchpreissetzung einen Kredit von 15 Millionen Franken bewilligt. Dem Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten ist es freigestellt worden, den Grundpreis von 19 Rp. auf den 1. August 1939 um einen halben Rappen oder ab 1. November 1939 um einen Rappen zu erhöhen, ohne dadurch die Konsumenten zu belasten. Die Milchproduzenten verzichten darauf, schon am 1. August 1939 die Änderung auf dem Produzentenpreis vorzunehmen. Angesichts des starken Rückgangs der Milchproduktion seit der Kriegsmilchmischung und der namhaften Verbesserung der Preislage für Exportkäse, steht jedoch der Erhöhung des Grundpreises zugunsten der Produzenten auf 20 Rappen ab 1. November nichts mehr im Wege. Da es sich um eine interne Massnahme handelt, resultiert daraus für die Konsumenten keine Belastung.

Erhöhung des Käsepreises um 30 Cts. per Kilo

Die Eidg. Preiskontrollstelle erliess vergangene Woche nach Prüfung eines eingereichten Gesuches, im Einvernehmen mit dem Kriegsernährungsamt, Sektion für Milch und Milchprodukte, und mit Genehmigung des Generalsekretariats des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes folgende Verfügung:

1. Grosshandelspreise dürfen maximal pro kg wie folgt festgesetzt werden: Emmenthaler, Sommer 1938 und Winter 1938/39 Fr. 250.—, Sommer 1939 Fr. 270.—; Greizerer, entsprechend Fr. 250.— und Fr. 270.—; Spalenzerschnitt und Bergkäse Fr. 250.— und Fr. 260.—; Sbrinz, alle Produktionsperioden Fr. 200.—; 3/4-fette Rundkäse, alle Produktionsperioden Fr. 230.—.

2. Detailpreise. Die Detailpreise für Emmentaler, Greizerer, Spalenzerschnitt, Bergkäse und Sbrinz dürfen entsprechend den neuen Grosshandelspreisen (Ziffer 1) erhöht werden, jedoch maximal um 30 Rp. pro Kilo.

3. Schachtelkäse. Die Fabrikations- und Kleinhandelspreise dürfen höchstens um 5 Rp. per Schachtel erhöht werden.

4. Übrige Käsesorten. Die Preise für die übrigen Käsesorten (z. B. Tilsiter und alle Weichkäse) können maximal entsprechend dem Preisaufschlag unter Ziffer 1 und 2 angesetzt werden. Zu widerhandlungen gegen diese Verfügung werden nach den bekannten Strafbestimmungen gehandelt. Die Verfügung trat am 1. November 1939 in Kraft.

Hiezu wird noch folgendes mitgeteilt:

„Bis dahin wurden im Inland Käse und Butter unter dem Einstandspreis an den Verbraucher abgegeben. Dem Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten erwachsen daraus erhebliche Verluste, zu deren Deckung in den letzten Jahren regelmässig öffentliche Mittel herangezogen werden mussten. Es ist verständlich, dass die Produzenten-Organisationen diesen auf die Dauer unhaltbaren Zustand tunlichst auf ein tragbares Mass zu reduzieren bestrebt waren. Im Hinblick auf die allgemeine und die durch die Mobilmachung völlig veränderte Lage auf dem Milchproduktmarkt sowie in Würdigung der Anstrengungen der Produzentenschaft, sich sobald als möglich wieder auf eigene Füsse stellen und auf die staatliche Mithilfe verzichten zu können, konnte sich das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement dem Begehren des Zentralverbandes nicht verschliessen, die Detailverkaufspreise für Käse den Gesteungskosten nach Möglichkeit anzunähern. Auch bei einer Erhöhung von durchschnittlich 30 Rp. je Kilo werden die Aufwendungen immer noch nicht gedeckt und der Erlös bleibt auch weiterhin unter dem Einstandspreis. Deshalb haben die zuständigen Behörden dem Begehren, den Detailpreis für Käse ab 1. November 1939 um 30 Rp. je Kilo heraufzusetzen, stattgegeben.“

Preiserhöhung auf Produkten der Kondens- und Trockenmilch-Industrie

Für Trockenmilch wurden folgende Preiserhöhungen bewilligt: Vollmilchpulver 25% Fettgehalt: 20 Rp. per kg; Magermilchpulver: 12 Rp. per kg; für Magermilchpulver zu Futterzwecken beträgt der Höchstpreis 75 Rp. per kg.

Für die Kondensmilchpreise hat die Eidg. Preiskontrollstelle je nach den verschiedenen Sorten Maximalpreise festgesetzt.

Butterversorgung

(Mitgeteilt vom Zentralverband schweiz. Milchproduzenten)

Um Missverständnissen zu begegnen, machen wir die Hausfrauen darauf aufmerksam, dass der Verkauf von Frischbutter einwilligen vollkommen frei, die eingesottene Butter hingegen rationiert und gegen Fetttcoupons erhältlich ist. Die Coupons von 250 und 500 g lassen sich leicht für den Kauf von 1 kg-Büchsen zusammensetzen. Die 5 kg-Eimer eignen sich in erster Linie für die Grosskonsumenten, die sie auf Grund der Grossbeziegerkarte kaufen können.

Die gegenwärtigen besonderen Verhältnisse haben den Zentralverband veranlasst, das Buttereinsenden bis auf weiteres einzustellen. Der Verkauf von eingesottener Butter wird deshalb nach Erschöpfung der vorhandenen Vorräte auf unbestimmte Zeit unterbrochen. Die Hausfrauen werden gut tun, nun nach altbewährter Art ihre Steingutöpfe wieder mit selbsteingesottener Butter zu füllen. Anordnungen für das Buttereinsenden sind in den Detailgeschäften erhältlich.

Preiserhöhung auf Biscuits- und Confiserieartikeln

Die Eidg. Preiskontrollstelle hat mit Wirkung ab 1. November, im Einvernehmen mit dem Kriegsernährungsamt, folgende Preiserhöhungen bewilligt:

1. Confiserieartikel (Bonbons und mit Praliné gefüllte Bonbons usw.). Auf den Ende August 1939 effektiv erzielten Fabrikverkaufspreisen darf ein Teuerungszuschlag von

höchstens 50 Rp. per kg erhoben werden. Die bisherigen Detailpreise dürfen demgemäss um maximal 5 Rp. per 100 g erhöht werden.

- Biscuits, Waffeln und Zwieback.
- Trockenbiscuits nach englischer Art, Petit Beurre, Albert, Marie usw., offen, Teuerungszuschlag auf Fabrik- und Detailpreisen: 20 Rp. per kg.
- Eier-Biscuits (Reims, Champagner usw.), offen: 40 Rp. per kg.
- Biscuits mit Mandeln und Haselnüssen offen: 40 Rp. per kg.
- Dessertgebäck und Dessertwaffeln i. Qual. offen: 40 Rp. per kg.
- Dessertmischungen offen: 35 Rp. per kg.
- 10er Stückli werden um ca. 10% leichter hergestellt; der bisherige Preis bleibt unverändert.
- Biscuits bon marché, in Büchsen und in Kisten zum offenen Verkauf, Teuerungszuschlag: 20 Rp. per kg.
- Paketwaren (Biscuits und Waffeln) erfahren einen Aufschlag von 5 und 10 Rp. je nach Art der Packung per Paket.
- Markenbiscuits und Waffeln 2. Qualität, rangiert in Büchsen, Teuerungszuschlag auf Fabrikpreisen: 35 Rp., auf Detailpreisen: 40 Rp. per kg.
- Biscuits 3. Qual., rangiert in Büchsen, Teuerungszuschlag auf Fabrikationspreisen: 25 Rp., und auf Detailpreisen: 30 Rp. per kg.
- Zwieback, Teuerungszuschlag: 20 Rp. per kg.

Neue Erhöhung der Teigwarenpreise ab 1. Dezember 1939

Durch eine Verfügung der Eidg. Preiskontrollstelle wurden mit Rücksicht auf den um 5 Fr. erhöhten Auspreis für das Novemberkontingent die Teigwarenfabriken, Grossisten und Einkaufsverbände ermächtigt, ihre bisherigen Verkaufspreise für sämtliche Sorten von Teigwaren ab 1. November um höchstens Fr. 5.— per 100 kg zu erhöhen.

Da dafür gesorgt wurde, dass die Einlösung der Rationierungskarten pro November zu einem für den ganzen Monat stabilen Detailpreis erfolgen kann, ist eine Abwälzung der Engros-Preiserhöhung von 5 Rp. per kg gegenüber den Oktoberpreisen auf den Konsumenten vor dem 1. Dezember 1939 nicht zulässig. Betreffend die Festsetzung der Detailpreise für Teigwaren im Monat November gelten die bereits veröffentlichten Höchstpreise, die sich um 6 Rp. per kg höher stellen gegenüber den im August 1939 gültigen Preisen.

Steigende Fleischpreise

Durch die Erhebungen des Schweizerischen Metzgersekretariats bei rund 580 Metzgermeistern der deutschen und italienischen Schweiz sind folgende Durchschnittspreise für den Monat Oktober 1939 festgestellt worden:

- Das Kilo Lebendgewicht: Ochsen und Rinder I. Fr. 1.39 (Vormonat Fr. 1.37); Ochsen und Rinder II. Fr. 1.30 (1.28); Kühe I. Fr. 1.16 (1.11); Muni I. Fr. 1.20 (1.13); Kälber I. Fr. 1.88 (1.87); Kälber II. Fr. 1.64 (1.61); Schafe I. Fr. 1.30 (1.32); Schweine I. Fr. 1.78 (1.60); Schweine II. Fr. 1.74 (1.54).
- Das Kilo Schlachtgewicht: Ochsen und Rinder I. Fr. 2.72 (2.68); Kühe I. Fr. 2.30 (2.18); Kühe II. Fr. 2.08 (1.92); Muni I. Fr. 2.32 (2.20); Muni II. Fr. 2.14 (2.—); Kälber I. Fr. 3.17 (3.16); Schafe I. Fr. 2.66 (2.67); Schweine I. Fr. 2.29 (2.07).
- Das Kilo Ladenpreis: Ochsen und Rindfleisch I. Fr. 2.99 (2.98); Ochsen- und Rindfleisch II. Fr. 2.71 (2.67); Kälberfleisch I. Fr. 2.45 (2.40); Kälberfleisch II. Fr. 2.29 (2.20); Kalbfleisch I. Fr. 3.59 (3.58); Kalbfleisch II. Fr. 3.14 (3.13); Schafffleisch I. Fr. 3.27 (3.28); Schweinefleisch I. frisch, ohne Speck und Schwarten Fr. 3.60 (3.56); mit Speck und Schwarten Fr. 3.12 (2.92); Schweinefleisch I., geräuchert, Karree und Schüfeli Fr. 4.16 (3.89); Schweinsbrust geräuchert Fr. 3.92 (3.63).
- Das Kilo: Schmer, roh Fr. 2.36 (2.03); Speck, roh Fr. 2.43 (2.11); hiesiges, reines Schweinefett, ausgelassen Fr. 2.48 (2.20); Rinderfett, roh Fr. 1.29 (1.15).

Preiserhöhung auf Margarine

Die eidg. Preiskontrollstelle erliess eine Verfügung, nach welcher die Margarinefabriken ermächtigt werden, die Spezialrückvergütungen auf Margarine aufzuheben. Die bisherigen Bruttopreise bleiben unverändert. Margarineprodukte, die schon bisher ohne Rückvergütung, d. h. zu Nettopreisen vertrieben wurden, dürfen im Preis maximal um Fr. —25 je kg erhöht werden. Diese Bestimmungen gelten auch für Blätterteigfette, hingegen nicht für Tafelmargarine in Kleinpäckungen von weniger als 4 1/2 kg.

Die bisherigen Konditionen, insbesondere die ordentliche Rückvergütung und die Entschädigung für die Übernahme des Inkasso- und Zahlungsdokredite, bleiben unverändert.

Verfügung Nr. 1 des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes betreffend die Sicherstellung der Landesversorgung mit festen Brennstoffen

(Abgabe von Kohlen an Hausbrand und Gewerbe) (Vom 26. Oktober 1939)

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 13. Oktober 1939 über die Sicherstellung der Landesversorgung mit festen Brennstoffen, verfügt:

Art. 1. Abgabe und der Bezug von Kohlen aller Art für Hausbrand und Gewerbe ist nur noch gegen Aushändigung von Bewilligungskarten gestattet.

Art. 2. Die Bewilligungskarten sind von den Brennstoffzentralen der Kantone oder der Gemeinden nach Weisung des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes (Sektion für Kraft und Wärme) auf Grund der von den Verbrauchern eingereichten Meldeformularen und Gesuchen auszustellen.

Vom 1. November bis zum 31. Dezember 1939 sind Bewilligungskarten nur auf diejenigen Kontingente abzugeben, die sich in diesem Zeitpunkt noch nicht mit 50% ihres Jahresverbrauches ein-

gedeckt haben; das dabei zu bewilligende Quantum darf nicht grösser sein als die Fehlmenge zwischen momentanem Vorrat und Hälfte des Jahresbedarfes.

Über die Zuteilungen ab 1. Januar 1940 wird das Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt später Weisungen erlassen.

Die Bewilligungskarten sind nicht übertragbar. Gestützt auf Bewilligungskarten gekaufter Brennstoff darf nur mit Zustimmung der Brennstoffzentrale der Gemeinde weiterverkauft werden.

Art. 3. Das Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt (Sektion für Kraft und Wärme) hat mit Hilfe der Brennstoffzentralen der Kantone und der Gemeinden bei Hausbrand und Gewerbe eine Erhebung über Vorrat und Bedarf an festen Brennstoffen durchzuführen; es erlässt die hierzu notwendigen Instruktionen und bestimmt die zu verwendenden Formulare.

Firmen, die sich mit der Abgabe von Kohle aller Art an Hausbrand und Gewerbe befassen, haben der Brennstoffzentrale ihrer Gemeinde, bzw. ihres Kantons Monatsrapporte über Vorrat und verkaufte Mengen nach den Vorschriften des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes (Sektion für Kraft und Wärme) zu erstatten, wobei die Ausgänge durch die eingelösten Bewilligungskarten zu belegen sind.

Die Formulare für Monatsrapporte sind bei den kantonalen Brennstoffzentralen zu beziehen.

Art. 4. Die Kontrolle über die Durchführung dieser Verfügung und der zugehörigen Ausführungsvorschriften und Einzelverfügungen obliegt dem Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt (Sektion für Kraft und Wärme).

Es ist ermächtigt, alle hierzu notwendigen Erhebungen durchzuführen. Die Beteiligten sind verpflichtet, am alle erforderlichen, für die Beurteilung des Falles notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Art. 5. Widerhandlungen gegen diese Verfügung und die zugehörigen Ausführungsvorschriften und Einzelverfügungen des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes (Sektion für Kraft und Wärme) und der von ihm zur Mitarbeit herangezogenen kantonalen Stellen, insbesondere

Abgabe und Kauf von Kohlen jeder Art für Hausbrand und Gewerbe ohne Ermächtigung durch Bewilligungskarten, missbräuchliche Ausgabe oder Verwendung von Bewilligungskarten, Weitergabe von Bewilligungskarten, Weiterverkauf von Brennstoffen, die gestützt auf Bewilligungskarten bezogen wurden ohne Bewilligung der zuständigen Brennstoffzentrale, unwahre Angaben zur Erlangung von Bewilligungskarten, wahrheitswidrige Meldungen von Vorrat und Bedarf an festen Brennstoffen, Verletzung der Pflicht zur Führung einer wahrheitsgemässen Lagerbuchhaltung und zur Erstattung von wahrheitsgemässen Monatsrapporten durch Händlerfirmen, Verletzung der Auskunftspflicht,

werden mit Busse bis zu 500 Franken bestraft. Auch die fahrlässige Begehung ist strafbar.

Widerhandelnde können von der Weiterbelieferung mit Brennstoffen ausgeschlossen werden.

Art. 9 und 10 des Bundesratsbeschlusses über die Sicherstellung der Landesversorgung mit festen Brennstoffen, und die allgemeinen Bestimmungen des Bundesstrafrechtes finden Anwendung.

Art. 6. Diese Verfügung tritt am 1. November 1939, 0 Uhr, in Kraft. Die Brennstoffzentralen der Kantone sind beauftragt, dort wo die Verteilung der Bewilligungskarten nicht rechtzeitig vor dem 1. November erfolgen kann, spätestens bis zum 15. November Abgabe und Bezug der Kohle nach den Weisungen der Sektion für Kraft und Wärme des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes zu gestatten.

Auf den 31. Oktober 1939, 24.00 Uhr, treten die Verfügungen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes vom 30. August und vom 2. Oktober 1939 über die Abgabebeschränkung für feste Hausbrandprodukte während der Wirkamskeit dieser Verfügungen eingetreten sind, werden nach deren Bestimmungen beurteilt.

Die Kohlenpreise steigen

Wie zu erwarten war, kam die Eidgenössische Preiskontrolle nicht darum herum, noch im Oktober dem Kohlendetailhandel zu gestatten, die Verkaufspreise für feste Hausbrandprodukte sämtlicher Sorten und Provenienzen bei Lieferungen von Originalvagen maximal im Umfang der effektiven Erhöhung der Gesteungskosten anzupassen. Die Verkaufspreise für Lieferungen in der sogenannten Mengenkategorie (Detail), sei es ab Lager oder aus Neuzufuhr, dürfen für sämtliche feste Hausbrandprodukte der Provenienzen Belgien, England, Frankreich und Holland maximal im Umfang der effektiven Gesteungskosten heraufgesetzt werden, d. h. auf der Basis der effektiven Einstandskosten kalkuliert werden. Alle Verkaufspreise für Lieferungen in Mengenkategorien von Waren anderer Provenienzen, also z. B. Deutschland, dürfen bis auf weiteres nicht erhöht werden. Es wurde zudem noch vorgeschrieben, dass die für einzelne Preisavancen geltenden Zuschläge nicht erhöht werden dürfen und dass die Kalkulation auf Grund der jeweiligen möglichen billigsten Frachtroute erfolgen müsse.

Preiserhöhung für Seife und Seifenprodukte

Mit Rücksicht auf die zum Teil erheblich gestiegenen Preise für Seifenöle und andere in der Seifenindustrie verwendete Rohstoffe erklärte die Eidgenössische Preiskontrolle die nachstehenden Aufschläge auf den seit August 1939 gültigen Preise für Seife, selbständige Waschlösungsmittel und feinfelhaltige Scheuerpulver ab 7. November als höchst zulässig. Es handelt sich dabei um die im Detailverkauf erlaubten Nettoaufschläge. Kerseife (Marseillerseife, sog., 72 Prozent, mindestens 63 Prozent Fettsäuregehalt) 4 Rp. pro Stück, Marken-Kerseife (mindestens 63 Prozent Fettsäuregehalt) 6 Rp. pro Stück, Seifenlocken, Seifenschuppen (mindestens 83 Prozent) 4 Rp. pro 200-Gramm-Paket, 10 Rp. für 500 Gramm, 20 Rp. für ein Kilo, Seifenpulver und selbständige Waschlösung (mindestens 35 Prozent Fettsäuregehalt) 5 Rp. für 500 Gramm, Schmierseife weiss und gelb (mindestens 36 Prozent) 15 Rp. pro Kilo, flüssige Seife (mindestens 15 Prozent) 7 Rp. pro Kilo, Scheuerpulver 5 Rp. pro 500-Gramm-Paket. (Dieser Aufschlag ist nur auf den billigen Sorten zulässig, die bisher

Anpassung der Preise für Speisen und Getränke im Gastgewerbe an die erhöhten Selbstkosten

Die eidg. Preiskontrollstelle erlässt, gestützt auf Verfügung 1 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 2. September 1939 betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung, mit Genehmigung des Generalsekretariats des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes, folgende

Verfügung:

1. Das Gastgewerbe wird ermächtigt, die Preise für Getränke und Speisen den gestiegenen Selbstkosten angemessen anzupassen.

Die Preiserhöhung auf Menus in der bisherigen Preislage bis Fr. 4.— darf 10 Prozent in keinem Fall überschreiten.

Dieser Maximal-Aufschlag gilt auch für die auf den Speisekarten aufgeführten landesüblichen Gerichte. Massgebend sind die Kartenpreise von Ende August 1939.

Bezüglich der Preisgestaltung für Menus in der bisherigen Preislage von über Fr. 4.— sowie für Spezialgerichte und Getränke, soweit sich deren Einstandspreise bereits erhöht haben, wird bestimmt, dass sie nach den bisher angewandten Kalkulationsgrundsätzen zu erfolgen hat; ein höchstzulässiger prozentualer Aufschlag wird hier nicht festgesetzt.

2. Gemäss Verfügung 1 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung, vom 2. September 1939, Art. 2, a. ist es untersagt, Preise zu fordern oder anzunehmen, die dem Verkäufer einen mit der allgemeinen Wirtschaftslage unvereinbaren Gewinn verschaffen.

3. Gestützt auf Art. 5 der Verfügung 1 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 2. September 1939 betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung werden der Schweizer Hotelier-Verein und der Schweiz. Wirteverein beauftragt, diese Verfügung in der nächsten Nummer ihrer Fachblätter im Wortlaut bekanntzugeben.

4. Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmung werden nach den Strafbestimmungen der Art. 3 bis 6 des Bundesratsbeschlusses vom 1. September 1939 betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung und den Vorschriften der daselbst zitierten Erlasse bestraft.

zu 30 Rappen per Streudose zu 500 Gramm oder darunter an den Detailisten abgegeben worden sind). Spülmittel 4 Rp. pro 500 Gramm. Für Toiletenseife und Kasserseife (mindestens 80 Prozent) ist die Überwälzung der effektiven Einstandspreiserhöhung gestattet.

Unterkunft der Stäbe

Der Bundesrat hat die durch einige Motionen aufgeworfene Frage der Entschädigung für Unterkunft von Stäben durch eine Verordnung gelöst. Für die Unterbringung der höheren Stäbe, wie Armeestab, Stäbe von Heereseinheiten und Grenzbrigaden können den Gemeinden Entschädigungen nach folgenden Grundsätzen ausgerichtet werden:

Für Logis für Offiziere und höhere Unteroffiziere und für die Unterkunft von andern Personal der Stäbe, das nicht kantonnieren werden kann, für Bureaus in ausseramtlichen Hotelgastzimmern sind Entschädigungen unter Würdigung aller Umstände, wie Stärke und Dauer der Belegung, Grösse und Finanzkraft der Gemeinden, im Rahmen von 25 Rappen bis 1,25 Fr. im Einzelfall festzusetzen. Die Höchstsätze dürfen nur verrechnet werden, wenn mit der Unterbringung von Stäben der betreffenden Gebiets- oder Gemeinde ein ausserordentlich grosses Opfer zugemutet wird. Ferner sind zu vergüten die wirklichen Kosten für Beleuchtung der Bureaus und für Heizung von Bureaus und Zimmern, für die Ergänzung der Verdunkelungseinrichtungen, soweit solche durch die Belegung nötig geworden sind, und für die Ergänzung der Heizrichtungen in Winterquartieren, unter Vorbehalt der Verrechnung eines bleibenden Wertes.

Zur Orientierung unserer Mitglieder erwähnen wir, dass es sich bei dieser Regelung nicht um die Entschädigungsfrage gegenüber requirierten Hotels, in der wir zur Zeit immer noch in Unterhandlungen mit den Behörden stehen, handelt, sondern um die Beiträge des Bundes an die den Gemeinden erwachsenen Kosten für die Unterbringung von Stäben. Dabei besteht unsererseits die Meinung, dass die Gemeinden von sich aus, zusätzlich zu diesen Bundesbeiträgen, noch einen Beitrag an die dem Beherberger entstehenden Kosten leisten, denn sonst kämen manche Hotels niemals auf ihre Rechnung. Dass die einzelnen Häuser ihren Betrieb nicht zu Verlustpreisen zur Verfügung stellen können dürfte ohne weiteres klar sein. Die Verpflichtung, die den Gemeinden von Bundeswegen obliegt, für die Unterkunft der Stäbe aufzukommen, darf nicht einfach durch einen ungebührlichen Preisdruck auf die Hotellerie abgewälzt werden. Nicht nur jeder Militärlieferant, sondern auch der Hotelier hat das gleiche Recht, für seine Leistungen einen angemessenen Preis zu erhalten.

Sonntagsfahrverbot aufgehoben

Der Bundesratsbeschluss vom 8. September 1939 über die Einschränkung des Motorfahrzeugverkehrs an Sonn- und Feiertagen ist vom Bundesrat ab 15. November aufgehoben worden.

Senfker abdichten
heisst Heizmaterial sparen!
Platzretzer überall
SUPER HERMIT A.-G. Zürich, Schmidhof, Tel. 34204

Verordnung über eine Stundung für die Hotel- und Stickereiindustrie

(Vom 3. November 1939.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf Art. 3 des Bundesbeschlusses vom 30. August 1939 betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität

beschliesst:

I. Voraussetzungen und Dauer der Stundung.

Art. 1.

Der Eigentümer oder Pächter eines Hotels kann bei der Nachlassbehörde eine Stundung verlangen, wenn er glaubhaft macht, dass er ohne sein Verschulden infolge der Kriegereignisse seine Verbindlichkeiten nicht oder nicht mehr voll erfüllen kann.

Die Stundung kann sich auf pfandgesicherte wie auf ungesicherte Forderungen, die fällig sind oder bis Ende des Jahres 1940 fällig werden, im Rahmen der folgenden Vorschriften erstrecken.

Art. 2.

Für grundpfändlich gesicherte Kapitalforderungen kann die Stundung auf die Dauer von höchstens zwei Jahren nach Eintritt ihrer Fälligkeit bewilligt werden.

Art. 3.

Für Zins von grundpfändlich gesicherten Kapitalforderungen kann eine Stundung bis Ende 1940 bewilligt werden. Sie kann die ganze Zinsforderung oder nur einen Teil umfassen.

Als grundpfändlich gesichert gelten auch die Forderungen, für welche eine auf einem Grundpfand lastende Forderung als Pfand haftet.

Die Haftung des Grundpfandes für Zins wird in Abänderung von Art. 818, Ziff. 3, des Zivilgesetzbuches um die Dauer der Stundung verlängert.

Die Nachlassbehörde entscheidet, ob und zu welchem Satz ein Verzugszins für die gestundeten Beträge zu bezahlen ist und ob die Verzugszinsforderung an der Stundung teilnimmt.

Art. 4.

Den grundpfändlich gesicherten Zinszahlungen sind die Annuitäten, die neben dem Zins auch eine Kapitalabzahlungsrate in sich schliessen, gleichgestellt. Die Stundung kann sich entweder nur auf die Zins- oder nur auf die Kapitalrate oder auf beide beziehen.

An Stelle der Stundung kann eine Einstellung der Kapitalraten bis Ende 1940 treten, mit der Wirkung, dass die Amortisationsdauer um die entsprechende Zeit verlängert wird.

Während der Dauer dieser Stundung oder Einstellung ist das Kapital unkündbar.

Art. 5.

Durch Faustpfand oder Pfandrecht an Kurrentforderungen gesicherte Forderungen können bis Ende 1940 gestundet werden, wenn eine Verwertung des Pfandes im Zeitpunkt der Stellung des Gesuches voraussichtlich einen unverhältnismässigen Verlust ergeben würde.

Die während der Stundung fällig werdenden Zins einer verpfändeten Forderung gelten als mitverpfändet.

Art. 6.

Ungesicherte Kapital- und Zinsforderungen können bis Ende 1940 gestundet werden.

Ausgenommen sind Lohnforderungen, die gemäss Art. 219 des Schuldbeitragsgesetzes das Privileg der ersten Klasse geniessen, sowie periodische Unterhaltsbeiträge.

Für diese Forderungen ist jedoch auch gegenüber dem der Konkursbetreibung unterstehenden Schuldner nur die Betreibung auf Pfändung oder Pfandverwertung zulässig.

Die Nachlassbehörde entscheidet, ob und zu welchem Satz Verzugszins berechnet werden können. Sie werden erst nach Ablauf der Stundung fällig.

Art. 7.

Die Stundung kann auch für Steuern, Abgaben und Gebühren, ohne Rücksicht darauf, ob sie pfändrechtlich gesichert sind oder nicht, bis Ende 1940 verlangt werden.

Art. 8.

Die Bewilligung der Stundung kann davon abhängig gemacht werden, dass der Schuldner Abschlagszahlungen leistet oder dem durch die Stundung betroffenen Gläubiger Sicherheit bestellt.

II. Wirkung der Stundung.

Art. 9.

Während der Stundung kann eine Betreibung gegen den Schuldner für die gestundete Forderung weder angehen, noch fortgesetzt werden und ist der Lauf jeder Verjährungs- und Verwirklichungsfrist gehemmt.

Die in Art. 286 und 287 des Schuldbeitragsgesetzes vorgesehenen Halbjahresfristen und die in Art. 219 vorgesehenen Jahresfristen verlängern sich um die Dauer der Stundung.

Art. 10.

Während der Stundung darf der Schuldner keine Rechtshandlungen vornehmen, durch welche die berechtigten Interessen der Gläubiger beeinträchtigt oder einzelne Gläubiger zum Nachteil der andern begünstigt werden.

Er kann ohne Zustimmung der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft gültig weder Grundstücke veräussern oder belasten, noch Pfänder bestellen oder Bürgschaften und unentgeltliche Verpflichtungen eingehen, noch auch Zahlungen an einzelne Gläubiger ausrichten, deren Forderungen gestundet sind.

Art. 11.

Der Schuldner, dem eine Stundung bewilligt worden ist, untersteht während ihrer Dauer der Aufsicht und Kontrolle der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft.

Diese kann dem Schuldner nötigenfalls verbindliche Weisungen über die Buch- und die Geschäftsführung erlassen.

Werden ihre Weisungen nicht beachtet oder nimmt der Schuldner Rechtshandlungen vor, welche nach Art. 10 unzulässig sind, so kann sie bei der Nachlassbehörde den Widerruf der Stundung beantragen.

III. Stellung der Bürgen.

Art. 12.

Die Stundung erstreckt sich auch auf die einfachen Bürgen, auf die Solidarbürgen dagegen nur, wenn diese ein dahinzielendes Begehren stellen und glaubhaft machen, dass sie ohne die Stundung in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet wären, oder wenn sie Sicherheit leisten.

Während der Stundung sind den Bürgen nach Art. 502 und 503 des Obligationenrechts zustehenden Rechte eingestellt. Auch können die Bürgen vom Hauptschuldner nicht Sicherstellung oder Befreiung von der Bürgschaft gemäss Art. 512 des Obligationenrechts verlangen.

Für die während der Stundung einer Kapitalforderung auflaufenden Zins haften die Bürgen auch dann, wenn ihre Haftung sich nach Art. 499, Abs. 3, des Obligationenrechts nicht darauf erstrecken würde.

IV. Widerruf der Stundung.

Art. 13.

Die Stundung ist auf Antrag der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft oder eines Gläubigers durch die Nachlassbehörde, welche sie erstinstanzlich bewilligte, zu widerrufen:

1. wenn der Schuldner die Weisungen der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft nicht beachtet oder Rechtshandlungen vorgenommen hat, die nach Art. 10 unzulässig sind;

2. wenn sich erweist, dass die Nachlassbehörde bei der Bewilligung der Stundung von Voraussetzungen ausgegangen ist, die in Wirklichkeit nicht vorhanden waren oder nachträglich weggefallen sind;

3. wenn der Schuldner oder der Bürge der Nachlassbehörde oder der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft unwahre Angaben gemacht hat.

V. Stundung und Einstellung der Annuitätenzahlungen durch die Schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft.

Art. 14.

Die Schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft ist ermächtigt, für die zu ihren Gunsten als Pfandgläubigerin ausgestellten Amortisationspfandtitel eine Stundung der Annuitäten oder eine Einstellung der Amortisationen nach Massgabe und mit den Wirkungen des Art. 4 einem Schuldner, auch ohne Zustimmung der nachgehenden Pfandgläubiger zu bewilligen, sofern bei ihm die Voraussetzungen des Art. 1, Abs. 1, vorliegen und er eine weitere Stundung nicht notwendig hat.

VI. Verfahren.

Art. 15.

Für die Behandlung der Gesuche um Erteilung oder Widerruf der Stundung ist als einzige kantonale Instanz die obere kantonale Nachlassbehörde zuständig.

Ihre Entscheide unterliegen wegen Gesetzesverletzung, Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung der Weiterziehung an die Schuldbeitrags- und Konkurskammer des Bundesgerichtes nach den für die Beschwerden gegen Entscheide der kantonalen Aufsichtsbehörden geltenden Vorschriften.

Art. 16.

Das Stundungsgesuch ist mit genauer Angabe der zu stundenden Forderungen der zuständigen

Nachlassbehörde schriftlich einzureichen. Es sind ihm beizugeben:

- ein Verzeichnis der Gläubiger, mit Angabe von Art und Höhe ihrer Forderungen, der Zinsbedingungen, der Fälligkeitstermine sowie der bestellten Pfänder und Bürgschaften;
- ein Grundbuchauszug über die im Eigentum des Gesuchstellers stehenden Grundstücke;
- ein genaues Verzeichnis seines sonstigen Vermögens;
- die Rechnungsabschlüsse und Bilanzen der letzten drei Jahre und eine Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.

Art. 17.

Nach Einreichung des Gesuches kann der Präsident der Nachlassbehörde durch einstweilige Verfügung die hängigen Betreibungen einstellen.

Erscheint das Gesuch nicht zum vorerhellen als aussichtslos, so holt die Nachlassbehörde darüber die Vernehmung der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft ein. Diese prüft die finanzielle Lage des Schuldners und ihre Ursachen anhand der eingereichten Belege. Sie kann von ihm und den Gläubigern auch ergänzende Aufschlüsse verlangen.

Wenn die Hotel-Treuhand-Gesellschaft eine Stundung zur Aufrechterhaltung der ökonomischen Existenz des Schuldners für notwendig hält, so sucht sie eine freiwillige Zustimmung der Gläubiger dazu zu erzielen.

Art. 18.

Hat die Schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft eine Einigung mit sämtlichen Pfand- und Kurrentgläubigern erzielt, so wird das Gesuch von der Nachlassbehörde als erledigt abgeschlossen.

Stellt die Nachlassbehörde fest, dass die Zustimmung sämtlicher Pfandgläubiger und diejenige von Kurrentgläubigern vorliegt, deren Forderungen wenigstens zwei Drittel der sämtlichen Kurrentforderungen ausmachen, so verfügt sie im Abschreibungsbeschluss die Verbindlichkeit der Abmachung auch für den Rest der Kurrentgläubiger, sofern die Voraussetzung des Art. 1, Abs. 1, erfüllt ist.

Art. 19.

Kommt eine freiwillige Stundung nicht zustande, so wird nach Eingang der Vernehmung der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft die mündliche Verhandlung vor der Nachlassbehörde angeordnet. Der Schuldner, allfällige Bürgen und die Gläubiger von Forderungen für welche eine Stundung verlangt wird, sind hierzu persönlich vorzuladen.

Die Nachlassbehörde kann vorher zur Abklärung des Tatbestandes allfällig noch weitere Erhebungen machen: Die Schuldner und die Bürgen haben die verlangten Auskünfte wahrheitsgemäss zu erteilen und vorhandene Belege beizubringen.

Gegebenenfalls holt die Nachlassbehörde die Vernehmung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft zur Frage von Abschlagszahlungen oder Sicherheitsleistungen des Schuldners gemäss Art. 8 ein.

Die Akten sind zehn Tage vor der Verhandlung zur Einsicht der Beteiligten aufzulegen.

WASSERSCHADEN

an Gebäuden, Mobiliar und Waren durch die sanitären und Zentralheizungsinstrumente sowie durch Regenwasser, verursacht z. B. durch Frost, Verstopfung, Überlauf, Bruch oder Defekt der Installationen, Unvorsichtigkeit od. Böswilligkeit; mit Einschluss der Reparatur- und Ersatzkosten für Leitungen und Apparate versichert zu vorteilhaften Bedingungen

Vertrags-Gesellschaft des Schweizer Hotellervereins seit 1907

Jean Hedinger, Zürich Bahnhofstraße 81

Direktion der „Allg. Wasserschaden- und Unfallversicherungs-A.-G., Lyon“

Für die feine Hotelküche

erstklassige Fette u. Oele

Konserven jeder Art

(Spargeln, Champignons, Gänseleber, Lachs, Hummer, Thon etc.)

Californische Trockenfrüchte

Hotelspezialartikel

ferner

allerfeinste Tees und Kaffees sowie die beliebten Fruchtsäfte Libby

Vorteilhafte und prompte Lieferung durch



HANS GIGER BERN

LEBENSMITTEL-GROSSIMPORT - TELEPHON 22735

Geeichte Flaschen

grün, 1/2, 1/3, 1/4 Liter und Doppeliter in Burgunderform für Wein. Für Liqueur 1/2 u. 1 Liter in Kropfform, grün u. weiss. Illustr. Preisliste und Bundesratsbeschluss vom 10. Februar 1928 über Eichung der Hölzmasse stehen z. Verfü.

Glashütte Bülach A.G. in Bülach



Seuls concessionnaires pour la Suisse: Bloch & Co., Distillerie, Berne.

Ich komme

überall hin, um Abschlüsse, Nachtragungen, Neueinrichtungen, Inventuren zu besorgen u. Bücher zu ordnen

Emma Eberhard

Bahnpostfach 100, Zürich
Telephon Kloten 937.207
Revisionen - Expertisen

Matratzen

aller Art zu billigsten Preisen direkt ab Fabrik Versand überall hin. Marthaler-Matzer, Stäfa.

Eine Annonce

in der Hotel-Revue ist eine vorzügliche Geschäftsempfehlung!

Chianti-Dettling

Seit 1867 nur aus der klassischen Chianti-Zone. Ein angenehmer und bekömmlicher Wein.

1/3, 1/2 und 1/4 Liter
fino = Rotkapsel
strafino = Goldkapsel
gran vino di lusso = Blaukapsel

In Orig.-Fiaschi in allen guten Restaurants erhältlich

ARNOLD DETTLING, BRUNNEN

Hotellersohn

28 J. m. guter Bildung und gr. Praxis sucht, wegen Übernahme des elterlichen Sommergeschäftes, Bekanntschaft zwecks

Heirat

Wegen Mangel an freier Zeit, muss ich auf diese Art eine Lebensgefährtin suchen. Welche wirklich berufsichtige Hotellers-tochter findet den Mut, mit zu schreiben? Diskretion! Offerten unter Chiffre K. O. 2234 an die Hotel-Revue, Basel 2.

KÖCHE

Verlangen Sie kostenlose Prospekte mit Inhaltverzeichniss über meinen berühmten, einzig dastehenden Kuchhoffer. Dieser Werkzeugkoffer (keine Kiste) ist für Sie unentbehrlich. Er leistet Ihnen in allen Stadien Ihrer Karriere sehr wertvolle Dienste. Der Preis ist den heutigen Zeitumständen angepasst und die Bezugsbedingungen sind ausserordentlich günstig, so dass jeder Koch sich einen solchen Koffer anschaffen kann. Sie können den Inhalt auch stückweise beziehen u. den edlen, teuren u. praktisch installierten Fibre-Koffer nach Belieben

Joseph Huber, Spezialgeschäft
Schönenwerd Telefon 3173

Art. 20.

Der Entscheid der Nachlassbehörde ist kurz zu begründen und hat die Forderungen, für welche Stundung erteilt wird, die Dauer der Stundung und die daran allfällig geknüpften Bedingungen genau zu bezeichnen.

Der Entscheid ist schriftlich zu eröffnen und in vollständiger Abschrift dem Schuldner, den allfälligen Bürgen und der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft mitzuteilen. Die Gläubiger, die sich am Verfahren beteiligt haben, erhalten eine schriftliche Anzeige, dass und innerhalb welcher Frist der Entscheid samt Begründung zu ihrer Einsicht bei der Nachlassbehörde aufliege.

Dem Betreibungsamt und nötigenfalls dem Grundbuchamt wird die Stundung durch eine Abschrift des Dispositivs mitgeteilt.

Art. 21.

Über ein Begehren um Widerruf der Stundung ist der Schuldner mündlich oder schriftlich einzuzurechnen. Die Nachlassbehörde hat weitere ihr allfällig noch erforderlich erscheinende Erhebungen von Amtes wegen vorzunehmen. Sie entscheidet alsdann auf Grund der Akten.

Der Entscheid wird dem Schuldner, den beteiligten Bürgen und Gläubigern und der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft schriftlich in vollständiger Ausfertigung, dem Betreibungsamt und allfällig dem Grundbuchamt im Dispositiv mitgeteilt.

VII. Kosten und Gebühren.

Art. 22.

Die Kosten des Verfahrens vor der Nachlassbehörde, das zur Bewilligung oder Verweigerung der Stundung führt, trägt der Schuldner. Er hat sie auf Verfügung ihres Präsidenten sicherzustellen.

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens und des Verfahrens zum Widerruf der Stundung trägt der antragstellende Gläubiger, wenn er mit seinem Begehren unterliegt, andernfalls der Schuldner.

Eine aussergerichtliche Entschädigung an die Gläubiger und die Schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft für das Erscheinen vor der Nachlassbehörde kann dem Schuldner nicht auferlegt werden.

Die Nachlassbehörde bezieht für das Verfahren und den Entscheid über Bewilligung oder Widerruf der Stundung eine Gebühr von Fr. 20 bis Fr. 50, das Bundesgericht für einen Beschwerdeentscheid eine solche von Fr. 25 bis Fr. 100.

VIII. Anwendung auf die Stickereiindustrie.

Art. 24.

Diese Verordnung ist auf die Stickereiindustrie und ihre Hilfsindustrien sinngemäss anwendbar mit der Massgabe, dass an die Stelle der Hotel-Treuhand-Gesellschaft die Stickerei-Treuhand-Gesellschaft tritt.

IX. Inkrafttreten.

Art. 25.

Diese Verordnung tritt am 3. November 1939 in Kraft.

Aus dem Zentralvorstand

Sitzung des Zentralvorstandes

Der Zentralvorstand ist auf kommenden Freitag zu einer weiteren Sitzung nach Bern einberufen worden, um die Geschäfte der a. o. Delegiertenversammlung vorbereitend zu besprechen. Ferner wird sich die Vereinsleitung mit den Angestelltenfragen, besonders mit der möglichen Schaffung von Ausgleichskassen befassen. Auch sind Berichte über den Abschluss der Landesausstellung, die weitere Tätigkeit der SVZ, und der eigenen Vereinsfinanzen entgegenzunehmen.

PAHO

Parit. Arbeitslosen-Versicherungskasse für das schweizerische Hotel- und Gastgewerbe, Basel

Delegiertenwahl.

Es sind durch die beiden Gründerverbände und aus Kreisen der Mitgliedschaft der Kasse folgende Wahlvorschläge eingereicht worden:

Arbeitgeber:

- Delegierte: 1. A. Amstad, Schlosshotel, Freienhof, Thun. 2. H. Bon, Souvretta House, St. Moritz. 3. A. Giocella, Hotel Esplanade, Locarno. 4. A. Gamma, Kurhaus, Wassen. 5. H. R. Jaussi, Grand Hôtel, Montreux-Territet. 6. F. Kottmann, Hotel Schützen, Rheinfelden. 7. E. Schärer, Hotel Baur au Lac, Zürich. 8. H. Tissot, Clinique les Pommiers, Leysin. 9. V. Wiedemann, Schweizerhof, Luzern. 10. H. W. Wyss, Bad Fideris.

Ersatzleute:

- 1. R. Bieri, Hotel Weisses Kreuz, Interlaken. 2. F. Bortler, Palace Hotel, Wengen. 3. V. Candrian, Hotel Bernina, Samaden. 4. H. Golden, Hotel Habis Royal, Zürich. 5. T. Halder, Hotel Hof Maran, Arosa. 6. P. Jeanloz, Hotel Beausjour, Lausanne. 7. Ch. A. Mayer, Hotel Beauvillage, Genf. 8. L. Meisner, Hotel Silvretta, Klosters. 9. W. Müller, Carlton Hotel, Ouchy-Lausanne. 10. P. Pasel, Hotel Continental, Luzern.

Arbeitnehmer:

- Delegierte: 1. Hermann Conrad, Koch, Zermatt. 2. Oscar Frei, Concierge, Leibstadt (Aarg.). 3. Eduard Güggi, Portier, Biel. 4. Ruth Hebeisen, Saaltochter, Dietikon. 5. Pau Kipfer, Portier, Grindelwald. 6. Anton Krieg, Küchenchef, Lachen. 7. Ernst Lower, Koch, Lausanne. 8. Adele Walder, Saaltochter, Bern. 9. Baptiste Rey, Koch, Zürich. 10. Henri Schnieper, Oberkellner, Genf.

Ersatzleute:

- 1. Henri Bessaud, Chasseur, Ouchy. 2. Silvester Epli, Portier, Rhodanus. 3. Carlo Gianella, Chef de rang, Acquarossa. 4. Emil Good, Portier, Basel. 5. Hans Hofstetter, Chef Pâtissier, Zürich. 6. Christlieb Kübli, Küchenchef, Basel. 7. Ernst Langmeier, Oberkellner, La Tour de Peilz. 8. Ely Frickack, Sekretärin, St. Gallen. 9. Else Weidmann, Sekretärin, Lugano. 10. Paul Wiesner, Küchenchef, Lausanne.

Gemäss Art. 17, 3. Absatz der Statuten erfolgt die Wahl der Delegierten nur dann durch Urabstimmung, wenn wenigstens ein Zwanzigstel der Gesamtmitgliedschaft (1/20 = 285 Mitglieder) dies verlangt.

Gemäss Beschluss der Vorstandssitzung vom 2. Oktober 1939 kann die Urabstimmung innert der Frist von 20 Tagen nach

Publikation der Delegiertenvorschläge verlangt werden.

Nach Ablauf dieses Termins gelten die von der Kassenmitgliedschaft und den Gründerverbänden vorgeschlagenen Delegierten als gewählt.

Parität. Arbeitslosen-Versicherungskasse für das schweizerische Hotel- und Gastgewerbe, Der Präsident: Der Geschäftsführer: O. Stocker. O. Müller.

Kleine Chronik

Ein erster Schnapsfälscher-Prozess

Der Kanton Basel-Stadt hat den Reigen der Schnapsfälscher-Prozesse eröffnet und letzte Woche sechs Angeklagte abgeurteilt, welche zusammen in den Jahren 1936-1938 total 125,000 Liter Gebranntes als echten Kirsch in den Handel brachten, während es sich nach den geltenden Bestimmungen um ausgesprochenen Verschnitt handelte. Die sechs angeklagten Spirituosenhändler sind entsprechend der Anklage zu Bussen von 50-2000 Franken verurteilt worden. In der Urteilsbegründung wurde als mildernd angeführt, dass die Angeklagten nicht die eigentlichen Urheber und Initiatoren der Schnapsfälschungen seien, sondern nur unter dem Druck des unerhört scharfen Konkurrenzkampfes zu diesen Mitteln griffen. Sie hätten sich dabei nicht bereichern können. Das Publikum sei wohl getäuscht, aber nicht betrogen worden, es für den Verschnitt nicht mehr bezahlt habe, als dieser wert war. Nach der Säuberung auf dem Kirschmarkt kostete nun der Verschnitt heute mehr als früher der gespritzte Schnaps, der als echter Kirsch verkauft wurde. Die Hälfte des gesamten Sprits werde in Hausbrennerien hergestellt. Es gebe nun eine beträchtliche Zahl von Schwarzbrennern, die unter Umgehung der Alkoholversteuer Spiritus brennen und diesen zu erheblich billigeren Preisen verkaufen. Der damit verschnittene Schnaps konnte dann zu „konkurrenzlos billigen Preisen“, abgesetzt werden, was die übrigen Händler zwang, den echten Kirsch ebenfalls durch Spirit zu strecken, um preislich noch konkurrenzfähig zu sein. Aus allen diesen Erwägungen entschloss sich das Gericht, von der Anwendung der Gefängnisstrafe abzusehen und auch auf die Veröffentlichung der Namen zu verzichten.

Man wird sich angesichts dieser milden Gerichtspraxis fragen müssen, was nun wohl aus den folgenden Prozessen in anderen Kantonen herauschaue. Der erste Prozess lässt kaum die Annahme aufkommen, dass man mit den fehlbaren Spirituosenhändlern allzu scharf ins Gericht gehe. In der Oktobersession des schweizerischen Kantonsrats wurde eine Interpellation eingereicht, die von der Regierung Auskunft verlangte über den Stand der schweizerischen Schnapsaffäre, ob ein gerichtliches Verfahren gegen die Fälscherfirmen bereits eingeleitet sei und ob die Bekanntgabe der Firmennamen erwogen wurde. Man ist aber über diese Interpellation hinweg zur Tagesordnung geschritten. Offenbar wollten sich hier niemand die Finger verbrennen. Das „Volksrecht“ gibt nun die Namen von fünf zum Teil sehr angesehenen Firmen bekannt, die in die Sache verwickelt sein sollen. Wie weit diese Informationen stimmen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist man nach wie vor im Volke der Auffassung, dass man mit den Schnapsfälschern nicht schonungsvoller umzugehen brauche, als mit irgend einem armen Schuldbauerlein, dem

gelegentlich einmal etwas Wasser in die Milch fließt. Oder soll es sich hier etwa wieder einmal bewährheiten, dass man die Kleinen hängt, die Grossen aber laufen lässt?

Hotelbrand

Im Hotel Stadthaus, in Unterseen-Interlaken, welches unser Mitglied Herr E. Michel in Pacht hat, brach vorletzte Woche im Saale des ersten Stockes ein Feuer aus. Dort war eine grössere Menge Kantonenstroh aufgeschichtet, in welchem die Flammen gute Nahrung fanden. Obwohl die Feuerwehr bald zur Stelle war, ist der angerichtete Schaden doch bedeutend, indem der Ostflügel des Gebäudes vollständig zerstört ist und gänzlich neu aufgebaut werden müsste. Glücklicherweise gelang es, das Feuer zu lokalisieren, sodass nur der eine Flügel der Anlage in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Brandursache ist bisher noch nicht ermittelt worden. Wir sprechen dem Pächter zum entstandenen Schaden unser lebhaftes Bedauern aus.

Saisonnutzen

Berns Fremdenverkehr im September

Die ungünstige Entwicklung des Fremdenverkehrs in unserer Stadt hat auch im Monat September angehalten. Die Zahl der in den Hotels und Fremdenpensionen abgestiegenen Gäste beträgt 9777; die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 30161. Die Gästezahl ist um 6613 oder 40,3%, die Zahl der Logiernächte um 6395 oder 17,5% niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Aus der Schweiz kamen 8112 (10303) Gäste, aus dem Ausland 1665 (6087). Die Gäste aus dem Ausland sind am Rückgang mit rund zwei Drittel beteiligt.

Die 2005 Fremdenbetten waren durchschnittlich zu 50,1 (58,4%) besetzt.

Die Bilanz der Sommerrisens (April bis September) bleibt bei 78887 Arrivés und 177445 Übernachtungen um 13580 Gäste und 18335 Logiernächte hinter dem entsprechenden Ergebnis des Vorjahres zurück. Gästebausfall Inland: 5711, Ausland: 7869.

Personalkubelch

Handänderung

Das Hotel „National“ in Bad Ragaz ist bei der konkursrechtlichen Versteigerung von Frl. Grtli Siegrist, mit Antritt auf den 1. November 1939, käuflich übernommen worden.

Demission

Herr Paul Marbot, der während fast zwei Jahren als Direktor des Kur- und Verkehrsvereins St. Moritz tätig war, hat auf 15. Oktober demissioniert. Man lässt den initiativen und tüchtigen Verkehrsdirektor nur ungern ziehen.

Neue Hotelleitung

Herr Theo Luccen-Carlen, der im Frühjahr 1937 die Leitung des von ihm bis dahin selbst geführten Hotel „Krone“ in Unterseen einem Pächter übertragen hatte, übernahm am 1. November das Haus wieder auf eigene Rechnung.

Redaktion - Rédaction:

Dr. M. Riesen - Dr. A. Büchi

Stellen-Anzeiger N°45

Offene Stellen - Emplois vacants

Den Offerten beliebe man das Briefporto für die Weiterleitung (lose aufgeklebt) beizufügen.

Aide de cuisine, jung, tüchtig, für 10. November gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen an Postfach Transit 44282, Neuchâtel. (1304)

Stellengesuche - Demandes de Places

Den Offerten beliebe man das Briefporto für die Weiterleitung (lose aufgeklebt) beizufügen.

Bureau & Reception

Bureau-Volontär. Junger Mann, der die Kellerlehrzeit in grossem Stadthotel absolviert hat u. im Besitze des Diploms sucht Stelle als Bureau-Volontär in gutes Haus in der deutschen oder französischen Schweiz. Eintritt nach jederzeit erfolgen. Gef. Offerten an Max Herzog, Hotel National, Baden. (67)

Salle & Restaurant

Bar- oder Restaurantkellner, jung, gut präsentierend, routiniert, sprachkundig, sucht Jahresstelle; gute Zeugnisse zu Diensten. Offerten sind erbeten an A. Vogt, Falkenstrasse 21, Zürich 1. (38)

Buffetdamen, mit besten Referenzen, sucht Jahresstelle. Gef. Offerten unter Chiffre 70

Cuisine & Office

Beküchlein, 28 Jahre, sucht Stelle neben Chef in gutes Hotel oder Gasthof, Eintritt sofort oder später. Gute Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter Lohnansprüche unter Chiffre 53

Bar- oder Restaurantkellner, jung, gut präsentierend, routiniert, sprachkundig, sucht Jahresstelle; gute Zeugnisse zu Diensten. Offerten sind erbeten an A. Vogt, Falkenstrasse 21, Zürich 1. (38)

Etage & Lingerie

Lingerie, 1. Jung, gelehrte Weisnählerin, zuverlässig und flechtkundig, will hiesigen Arbeiten der Lingerie vertraut, sucht Saison- oder Jahresstelle. Offerten unter Chiffre 31

Loge, Lift & Omnibus

Concierge, in den 40er Jahren, verheiratet, 5 Hauptsprachen, versiert in Hotelbetrieb u. Wareneinkauf, sucht Saison- oder Jahresstelle. Offerten unter Chiffre 885

SCHWEIZER HOTELIER-VEREIN

Vakanzenliste des Stellenvermittlungsdienstes

Die Offerten auf nachstehend ausgeschriebene offene Stellen sind unter Angabe der betreffenden Nummer auf dem Umschlag und mit Briefporto-Beilage für die Weiterleitung an den Stellendienst „HOTEL-BUREAU“ (nicht Hotel-Revue) zu adressieren. Eine Sendung kann mehrere Offerten enthalten.

Portier-Chasseur, deutsch, französisch und etwas englisch sprechend, mit guten Referenzen, in allen Portierarbeiten bewandert, sucht Stelle für Winteraison. Offerten unter Chiffre 42

Divers

Bursche, junger, tüchtiger und fleissiger, sucht Stelle als Schenker- oder Buffetbursche. Franz. und Mittelschweiz bevorzugt. Offerten unter Chiffre 57

An unsere Inserenten!

Wir bitten die Auftraggeber von Inseraten daran zu denken, dass infolge der Mobilisation die Postbedingung inkl. Postcheckverkehr wesentlich verschlechtert wurde. Es ist daher notwendig, Bestellungen und ganz besonders aber die Zahlungen auf Postcheckkonto mindestens zwei Tage früher vorzunehmen, da uns solche Einzahlungen sonst erst Mittwoch nachmittags, also zu spät, zukommen. Inseratentext ist wie bisher am Dienstag abends 6 Uhr.

Administration der Schweizer Hotel-Revue.

7014 Portier-Hausbursche (grl. Handwerker bevorzugt), sofort, Hotel 20 Betten, Tessin. 7015 Einfache Köchin, Fr. 80.- bis 120.-, sofort, Hotel 30 Betten, Zentralschweiz. 7016 Leichter für Saal und Tea-Room, sofort, mittelgr. Hotel, Genf. 7017 Köchin, sofort, Hotel, Jahresstellen. 7018 Portier-Heizer, Grossrestaurant und Pausenhotel, Basel. 7019 Beküchlein in Chef, sofort, mittl. Pausenhotel, Basel. 7020 Jüngere Wäscherin, sofort, Kurhaus 50 Betten, Aargau. 7021 Lingerie-Glättlerin, Kaffee-Angestelltenküchen, mittelgr. Ho. 7022 Wäscherin-Glättlerin, sofort, Hotel 50 Betten, Ostschweiz. 7023 Lingerie, Maschinen- und Handwäscher, grosses Pausenhotel, Zürich. 7024 Zimmermädchen, servicekundig, Pausenhotel, Basel. 7025 Junger Aide de cuisine, sofort, grösseres Pausenhotel, Basel. 7026 Hausmädchen, ca. 15. Nov., Pausenhotel, Basel. 7027 Hausmädchen, 15. Nov., grösseres Pausenhotel, Basel.

Zeugnis-KOPIEN besorgt prompt und billigt HOTEL-BUREAU Gartenstrasse 112 - Basel

Mesures de secours spéciales pour la protection de l'industrie hôtelière

(Traduction d'un commentaire de M. C. Jaeger, ancien juge fédéral)

Dès que la guerre éclata, tous les hôtels de la Suisse se virent d'un jour à l'autre et en résultat pour les hôteliers une diminution catastrophique de recettes dont la perspective semblait pourtant assurée. Comme à la suite de ces événements, de nombreux hôtels se sont vus dans une situation financière terriblement délicate, le Conseil d'administration de la Société fiduciaire suisse pour l'hôtellerie s'est occupé de la question et il a décidé de proposer au Conseil fédéral d'édicter une ordonnance spéciale qui puisse permettre à de nombreux hôteliers d'éviter la ruine qui les menace.

Il ne s'agit par là — selon l'avis unanime du conseil d'administration de la SFHS — que de mesures transitoires qui doivent permettre à l'hôtelier, qui par suite de la guerre, se trouve dans une situation financière désastreuse, de se maintenir au moins jusqu'à la fin de l'année prochaine. Elles complètent l'arrêté fédéral du 21 juin 1935, instituant des mesures juridiques temporaires en faveur de l'industrie hôtelière, qui est encore en vigueur. Celui-ci permet d'avoir recours à la procédure de concordat hypothécaire avec sursis au remboursement des capitaux, limitation du taux de l'intérêt en ce qui concerne les créances couvertes, suppression des intérêts en ce qui concerne les créances non couvertes, extinction par paiements partiels des intérêts arriérés garantis par gage.

Le Conseil fédéral est depuis plusieurs mois en possession d'un projet qui est le résultat de discussions approfondies, projet qui préconise une nouvelle loi pour l'assainissement de l'industrie hôtelière avec extinction des dettes hypothécaires non couvertes. On espère, par cette loi, pouvoir finalement assainir la situation financière dans laquelle se trouve l'hôtellerie et on espère aussi que cette loi sera discutée et acceptée par les Chambres fédérales au cours de l'année prochaine. Mais ce qu'il fallait créer d'urgence, c'était un moyen pour que les débiteurs, qui ont été surpris par le début de la guerre et qui sont momentanément dans l'embarras, puissent échapper à leurs créanciers jusqu'à la fin de 1940.

Pendant ce temps, on espère que la situation se sera un peu éclaircie et que les entreprises qui auront besoin d'avoir recours à une solution radicale pourront utiliser la loi, qui jusque là sera entrée en vigueur.

Ce projet d'ordonnance pour des mesures transitoires, en faveur de l'hôtellerie avait déjà été remis au Conseil fédéral lorsqu'il s'est occupé de la question de savoir si, une fois que les fêtes prolongées du Jeune fédéral seraient terminées, il ne convenait pas, pour l'ensemble de la population, d'atténuer le régime d'exécution forcée contre les débiteurs qui seraient mis en difficultés par suite de la guerre. Une ordonnance qui avait été élaborée dans ce but fut renvoyée à une commission d'experts réunie à Berne les 10 et 11 octobre. Le Conseil fédéral s'est appuyé sur le résultat de ces délibérations pour prendre l'ordonnance du 17 octobre concernant l'atténuation du régime d'exécution forcée. Elle contient en premier lieu des prescriptions relatives aux débiteurs qui sont devenus insolvable par suite de la guerre, prescriptions qui permettent d'accorder un sursis spécial. En outre, la durée, pendant laquelle les poursuites contre les personnes qui sont en service militaire actif sont suspendues, a été prolongée. Elle s'étend maintenant à trois semaines après le licenciement ou le début d'un congé, si celui-ci dure plus de trois semaines. En outre, une prolongation du délai concernant l'expulsion de locataires ou de fermiers peut être demandée, si le loyer en retard peut être payé par acomptes. Pour des débiteurs des débiteurs soumis à la faillite, l'ouverture de celle-ci peut être renvoyée de trois mois, si le débiteur peut effectuer des paiements par acomptes, elle contient encore des prescriptions qui limitent la possibilité de saisie et de réalisation des objets domestiques d'un débiteur, pour autant que le créancier n'en soit pas lésé. La deuxième vente aux enchères des objets saisis et qui doivent être réalisés comme gages, qui depuis longtemps, et en général, avait été reconnue comme superflue, a été supprimée. Enfin la procédure de concordat a subi quelques simplifications. Pour un débiteur occupé dans une industrie, dont l'existence économique est liée à la possession de l'immeuble, on prévoit dans la procédure concordataire, la possibilité d'un sursis pour les capitaux échus garantis par gages immobiliers et une remise partielle ou totale ou encore un sursis de deux ans, pour les créances hypothécaires non couvertes. Maintenant que l'ordonnance en faveur de l'industrie hôtelière élaborée par le Conseil d'administration de la Société fiduciaire suisse pour l'hôtellerie a été adoptée par le Conseil fédéral et est en vigueur depuis le 3 novembre 1939, nous avons deux décrets qui permettent d'obtenir des sursis pour les débiteurs qui seraient dans une situation dangereuse. Il convient de voir les rapports existant entre ces deux ordonnances et les points sur lesquels ils diffèrent. C'est ce que nous allons essayer de faire ci-dessous.

I.

L'ordonnance atténuant le régime de l'exécution forcée n'est pas applicable à l'hôtellerie, puisque celle-ci bénéficie d'un sursis spécial. En effet, un tel sursis concernant exclusivement l'hôtellerie est introduit par l'ordonnance spéciale du 3 novembre et cela dans d'autres buts et avec d'autres effets. Cette question sera développée en détail sous le chiffre II. Nous voudrions simplement préciser quelle sont les points de l'ordonnance atténuant le régime de l'exécution forcée qui peuvent être appliqués à l'hôtellerie.

1. Un des premiers points applicables est naturellement la suspension des poursuites contre

les mobilisés. L'hôtelier propriétaire ou fermier d'hôtel qui est en service actif ne peut être poursuivi, pendant ce temps et pendant les 3 semaines qui suivent son licenciement ou le début de son congé, si celui-ci dure plus de 3 semaines, pour des dettes concernant son hôtel, même si l'exploitation de l'hôtel continue à être assurée par les soins de parents ou d'employés.

2. Les prescriptions sur la limitation de saisie, qui figurent aux articles 17 et 18 de l'Ordonnance atténuant le régime de l'exécution forcée, ne seront que rarement applicables aux hôteliers, car ceux-ci sont presque toujours inscrits au Registre du Commerce et il sont par conséquent soumis à la poursuite par voie de faillite. Si, exceptionnellement, un hôtelier n'était pas inscrit et qu'une saisie ou une réalisation de gage soit dirigée contre lui, il peut, en démontrant qu'il est dans une situation financière désastreuse par suite de la guerre, demander le renvoi de la réalisation de 7 mois et, dans les cas spéciaux, d'une année, pour autant qu'il puisse pendant ce délai verser des acomptes réguliers sur ces dettes.

Toutefois pour les dettes concernant des salaires ou des contributions périodiques à des aliments, la vente ne peut être renvoyée que de trois mois au maximum.

3. Ce qui est important pour l'hôtelier, ce sont les prescriptions relatives aux débiteurs inscrits au Registre du commerce. Si ceux-ci peuvent rendre vraisemblable, que par suite de la guerre et sans qu'il y ait faute de leur part, ils sont dans l'impossibilité de payer complètement une dette pour laquelle ils sont menacés de faillite, ces prescriptions les autorisent à demander le renvoi de l'ouverture de la faillite de 3 mois, à condition qu'ils puissent s'acquitter de leur dette en quatre mensualités et qu'ils versent immédiatement la première de celles-ci. Si, par la suite, un hôtelier ne devait pas obtenir le sursis hôtelière, que les poursuites dirigées contre lui soient continuées et qu'il soit menacé de faillite, il lui reste toujours, par ce moyen, la possibilité de renvoyer et peut-être d'éviter la catastrophe.

4. Des prescriptions importantes pour le fermier d'hôtel se trouvent au chapitre V de l'ordonnance sur l'atténuation de l'exécution forcée. Elles concernent l'expulsion des locataires ou fermiers. Si un fermier d'hôtel peut démontrer que, par suite de la guerre et sans qu'il y ait faute de sa part, il ne peut payer son fermage, immédiatement et complètement, et si son propriétaire, conformément à l'article 203 du C.O. le menace d'expulsion dans les 60 jours, le fermier peut demander aux autorités cantonales compétentes qu'elles prolongent jusqu'à 6 mois au maximum le délai pour payer son fermage.

Si cela est accordé, le fermier ne peut être inquiété à ce sujet

a) s'il existe un nombre suffisant d'objets soumis au droit de rétention, qui garantissent le fermage arriéré et celui qui court pendant le nouveau délai, ou si le fermier fournit d'autres sûretés, des cautionnements par exemple.

b) si le fermier verse immédiatement un acompte, au moins du quart de la somme échue, et s'il s'engage à payer le reste par acompte au cours des 6 mois.

Pendant ce délai de 6 mois, le fermier peut toujours, s'appuyant sur l'article 60 de l'arrêté fédéral du 21 juin 1935 instituant des mesures juridiques temporaires en faveur de l'hôtellerie, demander une certaine remise pour les loyers échus et pour deux loyers annuels à échoir ou encore il peut demander un sursis pour ces dits fermages. Il peut, s'il est aussi pressé par d'autres créanciers, des fournisseurs par exemple, envisager le sursis hôtelière et demander un sursis d'une année pour toutes les autres dettes chirographaires, soit jusqu'à la fin de l'année 1940. Le sursis hôtelière seul ne le protège pas contre l'expulsion, car il ne fait qu'empêcher la poursuite. Or, d'après le C.O., la menace d'expulsion peut être faite sans qu'une poursuite ne soit commencée pour les fermages arriérés. Conformément à l'art. 203 du C.O., il n'est pas nécessaire d'avoir recours à l'Office des poursuites pour signifier le délai qui est fixé, cela peut se faire par une simple lettre ou par l'entremise de n'importe quel bureau officiel.

5. Les prescriptions de l'ordonnance atténuant le régime d'exécution forcée, relatives à la procédure de concordat, n'ont pas besoin d'être commentées en détail. Elles seront rarement envisagées par un propriétaire d'hôtel, car la procédure de concordat hypothécaire qui est à sa disposition, selon l'arrêté fédéral du 21 juin 1935 est beaucoup mieux adaptée aux conditions de l'hôtellerie et elle offre de plus grandes facilités.

Mais les propriétaires d'hôtels devront pouvoir les utiliser, car elles leur permettent d'obtenir aussi un sursis de deux ans au maximum de leurs créanciers gagistes, pour les capitaux garantis par gages immobiliers et même un sursis ou une remise partielle ou totale des intérêts des créances hypothécaires non couvertes, pour une même période.

II.

Comparons maintenant les prescriptions de l'ordonnance du 3 novembre sur le sursis hôtelière et celles de l'ordonnance atténuant le régime de l'exécution forcée, sur le sursis extraordinaire:

1. Le sursis extraordinaire, tant que l'ordonnance atténuant le régime d'exécution forcée est en vigueur, c'est-à-dire jusqu'à nouvel avis, peut être demandé pour une durée d'un an, même si cette année dépasse la fin de l'année 1940. Le sursis hôtelière, par contre, peut être accordé pour les capitaux garantis par gages immobiliers pour deux ans au maximum après leur échéance. Toutes les autres créances: créances chirographaires, intérêts des capitaux garantis par gages immobiliers, créances garanties par gages, impôts et taxes, ne peuvent bénéficier du sursis que jusqu'à la fin de 1940. Pratiquement, les demandes de sursis qui ne seraient déposées que dans les deux ou trois derniers mois de l'année 1940 et qui concerneraient autre chose que les capitaux garantis par gages immobiliers, sont exclues.

Les créances inférieures à fr. 50.—, ainsi que les créances privilégiées, colloquées dans la première classe, selon l'art. 219 de la L.P., et qui concernent les salaires ou des contributions périodiques à des aliments, ne sont pas comprises dans le sursis extraordinaire. Il en est de même pour le sursis hôtelière, à l'exception des créances inférieures à fr. 50.—.

2. L'effet du sursis extraordinaire va un peu moins loin que celui du sursis hôtelière. Le sursis extraordinaire n'empêche pas de commencer une poursuite, il empêche seulement la réalisation d'objets saisis ou mis en gages et l'ouverture de

Quels seront les hôtels ouverts cet hiver?

Quelques agences des chemins de fer fédéraux à l'étranger nous communiquent qu'elles reçoivent un certain nombre de demandes au sujet de l'ouverture des hôtels dans les stations de sports d'hiver. Pour que ces agences puissent renseigner exactement les intéressés, il faut qu'elles soient orientées le plus rapidement possible. Nous prions donc nos membres qui ont des hôtels dans des stations de sports d'hiver, et qui ont l'intention de les ouvrir pour l'hiver 1939/40, de nous l'annoncer immédiatement.

Le Bureau central de la SSH., Bâle.

la faillite. Le sursis hôtelière, par contre, fait cesser, pendant sa durée, tout acte de poursuite.

L'hôtelier à qui l'on a accordé un sursis est soumis à la surveillance et au contrôle de la Société fiduciaire suisse pour l'hôtellerie qui lui donnera toutes les instructions obligatoires concernant la gestion des affaires et la comptabilité. Si ces instructions ne sont pas suivies, elle peut demander à l'autorité de concordat de révoquer le sursis. L'hôtelier ne peut alors, ni aliéner ou grever des immeubles, ni constituer des gages ou contracter des cautionnements sans l'assentiment de la Société fiduciaire suisse pour l'hôtellerie. Le débiteur qui bénéficie du sursis peut, n'est pas obligé, d'avoir recours à un avoué. Pour pouvoir limiter ainsi son droit de disposer de ses immeubles ou de contracter des engagements à titre gratuit, il faut qu'une ordonnance de l'autorité de concordat soit publiée.

3. Les premières instances des autorités de concordat cantonales inférieures sont compétentes pour accorder le sursis extraordinaire et l'on peut recourir contre leur décision aux instances cantonales supérieures, mais sans recours au Tribunal fédéral. Le sursis hôtelière, par contre, sera uniquement accordé par l'autorité cantonale supérieure de concordat statuant comme instance cantonale unique. On pourra recourir contre sa décision au Tribunal fédéral s'il y a violation de la loi, déni de justice ou retard injustifié.

4. La Société fiduciaire suisse pour l'hôtellerie devra donner son avis sur toute demande de sursis. La Société fiduciaire négociera alors avec les créanciers, afin d'essayer d'arriver à une entente. Si ces négociations avec les créanciers gagistes aboutissent et si les 2/3 des créanciers chirographaires consentent au sursis, la Société fiduciaire déclare le sursis obligatoire pour l'autre tiers des créanciers chirographaires et il n'y a pas lieu d'avoir recours à une autre procédure.

Rien n'empêche naturellement la Société fiduciaire, sur demande spéciale d'un hôtelier, de commencer des négociations directes avec les créanciers, sans qu'il y ait demande de la part de l'autorité de concordat.

Dans tous les cas où elle arrivera ainsi à un accord, la procédure juridique sera naturellement superflue. Si elle arrive à une entente avec tous les créanciers gagistes et les 2/3 au moins, des créanciers chirographaires, la demande de sursis, auprès de l'autorité de concordat, n'est plus alors qu'une formalité. Il suffit, dans ce cas, de présenter un rapport sur le résultat des négociations et que l'autorité de concordat déclare l'accord obligatoire pour le tiers des créanciers chirographaires qui n'y a pas adhéré. Mais si l'accord auquel on arrive englobe moins des 2/3 des créanciers chirographaires et ne s'étend pas à tous les créanciers gagistes, il faut suivre exactement la procédure fixée par l'ordonnance.

5. Une chose importante dans la procédure pour obtenir le sursis hôtelière, c'est qu'il n'est pas nécessaire de publier, ni un appel aux créanciers, ni une convocation des créanciers devant les autorités de concordat, ni la décision de celle-ci, alors que pour le sursis extraordinaire, ces publications doivent toujours être faites.

6. L'ordonnance sur le sursis hôtelière contient aussi des précisions sur l'effet du sursis sur les cautions, alors qu'elles ne figurent pas dans l'ordonnance atténuant le régime d'exécution forcée. Le sursis hôtelière peut aussi être appliqué aux cautions solidaires, mais seulement si elles le demandent et rendent vraisemblable que, sans le sursis, leur situation économique serait compromise. Pour les cautions simples le sursis s'y étend sans autre.

7. Le sursis extraordinaire, comme d'ailleurs le sursis hôtelière, peuvent être révoqués, si il est établi que le sursis n'est plus nécessaire, si le débiteur a donné de fausses indications sur sa situation ou s'il a agi d'une façon qui peut être préjudiciable aux créanciers.

8. Enfin, il convient de signaler une indication particulière qui figure dans l'ordonnance sur le sursis hôtelière. A l'art. 14, la Société fiduciaire pour l'hôtellerie est autorisée à accorder un sursis aux paiements des annuités afférentes au titre de gage amortissable en sa faveur, ou de permettre de suspendre les amortissements jusqu'en 1940, sans l'assentiment des créanciers gagistes de rang postérieur. Il faut pour cela que le débiteur qui bénéficie de cet avantage évite d'avoir ensuite recours à la procédure juridique.

Ces quelques remarques permettent de constater que le sursis hôtelière n'est valable que pour un temps plus court que le sursis extraordinaire, mais que, par contre, il protège mieux l'hôtelier. C'est pour cela que l'on a exclu les entreprises hôtelières du sursis extraordinaire, mais, à mon avis, les hôteliers n'ont aucune raison de s'en plaindre.

Assemblée extraordinaire des délégués

du jeudi 16 novembre 1939, à 10 h. du matin, à l'Hôtel Schweizerhof à Berne

ORDRE DU JOUR

1. Introduction et considérations sur la situation générale par Monsieur le Dr H. Seiler, président central.
2. a) Structure des prix et rationnement.
Rapporteur: M. le Dr R. C. Streiff.
- b) Réglementation des prix.
Rapporteur: M. H. R. Jaus, vice-président.
3. Prescriptions de secours spéciales en faveur de l'hôtellerie (sursis spécial).
Rapporteur: M. le Dr M. Riesen.
4. Mesures juridiques et financières pour l'assainissement de l'hôtellerie.
Rapporteur: M. Fr. von Almen.
5. Communications relatives à la représentation de l'hôtellerie dans l'administration fédérale.
6. Questions relatives aux employés et spécialement caisses de compensation.
Rapporteur: M. F. Cottier.
7. Questions de propagande et spécialement question du Guide des hôtels.
Rapporteur: M. H. Bon.
8. Questions actuelles:
 - a) Les nouveaux articles économiques.
Rapporteur: M. le Dr M. Riesen.
 - b) La votation fédérale sur le statut des fonctionnaires.
Rapporteur: M. le Dr A. Büchi.
9. Rapport sur l'Exposition nationale.
Rapporteur: M. Ed. Elwert.
10. Imprévu.

SOCIÉTÉ SUISSE DES HOTELIERS

Le Président central: Le Directeur du Bureau central:
Dr H. Seiler. Dr M. Riesen.

Ordonnance instituant un sursis en faveur de l'industrie hôtelière et de la broderie

(Du 3 novembre 1939.)

Le Conseil fédéral suisse, vu l'article 3 de l'arrêté fédéral du 30 août 1939 sur les mesures propres à assurer la protection du pays et le maintien de sa neutralité, arrête:

I. Conditions et durée du sursis.

Article premier.

1 Le propriétaire ou le fermier d'un hôtel peut demander un sursis à l'autorité de concordat, s'il rend vraisemblable que sans sa faute, par suite des événements de guerre, il est hors d'état de remplir ses engagements ou de les remplir entièrement.

2 Le sursis peut s'appliquer, dans les limites des dispositions qui suivent, aux créances, garanties par gage ou non garanties, qui sont échues ou arriveront à échéance avant la fin de l'année 1940.

Art. 2.

1 Les créances hypothécaires en capital peuvent être l'objet d'un sursis de deux ans au plus, à compter de leur échéance.

Art. 3.

1 Pour les intérêts des créances hypothécaires en capital, il peut être accordé un sursis s'étendant jusqu'à fin 1940. Le sursis peut s'appliquer à tout ou partie des intérêts.

2 Sont aussi considérées comme garanties par gage immobilier les créances en faveur desquelles une créance hypothécaire a été constituée en gage.

3 En dérogation à l'article 818, chiffre 3, du code civil, la garantie réelle pour les intérêts est prolongée de la durée du sursis.

4 L'autorité de concordat décide si un intérêt moratoire doit être versé pour les créances soumises au sursis et, le cas échéant, en fixe le taux. Elle décide en outre si le sursis s'applique également à la créance représentée par l'intérêt moratoire.

Art. 4.

1 Les annuités représentant un versement d'intérêt et un amortissement du capital sont assimilées aux paiements d'intérêts garantis par gage immobilier. Le sursis peut s'appliquer au paiement des intérêts et à l'amortissement ou à l'une de ces opérations seulement.

2 Le sursis peut être remplacé par une suspension de l'amortissement du capital jusqu'à fin 1940; dans ce cas, la durée de l'amortissement est prorogée en conséquence.

3 Le capital ne peut être dénoncé pendant le sursis ou la suspension.

Art. 5.

1 Les créances garanties par gage mobilier ou par nantissement de créances chirographaires peuvent être l'objet d'un sursis jusqu'à fin 1940 si la réalisation du gage au moment de la requête devait causer vraisemblablement une perte démesurée.

2 Sont également grevés du droit de gage les intérêts d'une créance donnée en nantissement qui échoient pendant le sursis.

Art. 6.

1 Les créances non garanties, en capital ou intérêts, peuvent être l'objet d'un sursis jusqu'à fin 1940.

2 Font exception les traitements et salaires qui sont colloqués en première classe en vertu de l'article 219 de la loi sur la poursuite pour dettes, ainsi que les contributions alimentaires dues périodiquement.

3 Ces créances ne peuvent toutefois donner lieu qu'à la poursuite par voie de saisie ou en réalisation de gage, même envers le débiteur soumis à la poursuite par voie de faillite.

4 L'autorité de concordat décide si un intérêt moratoire peut être compté et, le cas échéant, en fixe le taux. L'intérêt moratoire n'est échu qu'à l'expiration du sursis.

Art. 7.

Un sursis jusqu'à fin 1940 peut aussi être demandé pour des impôts, contributions et émoluments, qu'ils soient garantis par gage ou non.

Art. 8.

L'octroi du sursis peut être subordonné à la condition que le débiteur verse des acomptes ou fournisse des sûretés au créancier touché par le sursis.

II. Effets du sursis.

Art. 9.

1 Pendant la durée du sursis, aucun acte de poursuite ne peut être exercé ni continué contre le débiteur quant à la créance faisant l'objet du sursis, et le cours de tout délai de prescription ou de péremption reste suspendu.

2 Les délais de six mois prévus par les articles 286 et 287 de la loi sur la poursuite pour dettes et ceux d'un an visés à l'article 219 sont prolongés de la durée du sursis.

Art. 10.

1 Pendant le sursis, le débiteur ne peut procéder à aucun acte juridique qui nuirait aux

intérêts légitimes des créanciers ou favoriserait certains d'entre eux au détriment des autres.

2 Sans le consentement de la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière, il ne peut ni aliéner ou grever des immeubles, ni constituer des gages ou contracter des cautionnements ou des engagements à titre gratuit, ni effectuer des paiements à des créanciers dont les prétentions sont l'objet du sursis.

Art. 11.

1 Le débiteur à qui un sursis a été accordé est soumis, pendant le sursis, à la surveillance et au contrôle de la Société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière.

2 Celle-ci peut, au besoin, donner au débiteur des instructions obligatoires concernant la comptabilité et la gestion.

3 Si ces instructions ne sont pas suivies ou que le débiteur procède à des actes juridiques qui sont nuls en vertu de l'article 10, la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière peut demander à l'autorité de concordat de révoquer le sursis.

III. Situation des cautions.

Art. 12.

1 Le sursis s'étend aux cautions simples; en revanche, il s'applique aux cautions solitaires seulement si elles le demandent et rendent vraisemblable que sans le sursis leur situation serait compromise ou si elles fournissent des sûretés.

2 Pendant le sursis, les droits conférés aux cautions par les articles 502 et 503 du code des obligations demeurent suspendus. La caution n'a pas non plus le droit de réquérir du débiteur principal des sûretés ou à ce défaut sa libération conformément à l'article 512 du code des obligations.

3 Les cautions répondent des intérêts échus pendant le sursis au paiement d'une créance en capital, même si leur responsabilité ne s'étend pas à ces intérêts en vertu de l'article 499, 3e alinéa, du code des obligations.

IV. Révocation du sursis.

Art. 13.

A la demande de la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière ou d'un créancier, le sursis est révoqué par l'autorité de concordat qui l'a accordé, en première instance:

1° Si le débiteur n'observe pas les instructions de la société fiduciaire ou a procédé à des actes juridiques qui sont nuls en vertu de l'article 10;

2° S'il est établi que l'autorité de concordat a accordé le sursis en se fondant sur des conditions qui n'étaient pas remplies ou qui ont cessé de l'être;

3° Si le débiteur ou la caution a donné des renseignements inexacts à l'autorité de concordat ou à la société fiduciaire.

V. Sursis et suspension du paiement des annuités par la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière

Art. 14.

La société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière peut, même sans l'assentiment des créanciers gagistes de rang postérieur, accorder au débiteur un sursis au paiement des annuités afférents au titre de gage amortissable établi en sa faveur ou lui permettre de suspendre les amortissements, conformément à l'article 4 et avec les effets prévus par cet article; il faut toutefois que les conditions posées par l'article 1er, ter alinéa, soient remplies et qu'un nouveau sursis ne soit pas nécessaire.

VI. Procédure.

Art. 15.

1 Les demandes tendant à l'accord ou à la révocation du sursis sont traitées par l'autorité cantonale supérieure de concordat, statuant en instance cantonale unique.

2 Les décisions de ces autorités peuvent être déférées à la chambre des poursuites et des faillites du Tribunal fédéral pour violation de la loi, déni de justice ou retard non justifié, conformément aux prescriptions sur les plaintes contre les décisions des autorités cantonales de surveillance.

Art. 16.

1 La demande de sursis est présentée par écrit à l'autorité de concordat compétente et indique exactement les créances qui doivent bénéficier du sursis. Sont joints à la demande:

1° Un état de créanciers, indiquant la nature et le montant de leurs prétentions, les modalités de l'intérêt, les échéances, ainsi que les gages et cautionnements qui les garantissent;

2° Un extrait du registre foncier concernant les immeubles dont le requérant est propriétaire;

3° Une liste exacte de ses autres biens;

4° Les comptes et bilans des trois dernières années et un tableau des recettes et dépenses de l'année courante.

Art. 17.

1 Après le dépôt de la demande, le président de l'autorité de concordat peut, par décision provisoire, suspendre les poursuites en cours.

2 A moins que la demande n'apparaisse d'emblée comme injustifiée, l'autorité de concordat prend l'avis de la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière. Celle-ci examine la situation financière du débiteur et ses causes d'après les pièces produites. Elle peut demander des renseignements complémentaires au requérant et aux créanciers.

3 Si elle estime un sursis nécessaire pour sauvegarder la situation du débiteur, la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière cherche à obtenir le consentement volontaire des créanciers.

Art. 18.

1 Si la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière arrive à une entente avec tous les créanciers gagistes et chirographaires, l'autorité de concordat classe la demande.

2 Si l'autorité de concordat constate que tous les créanciers gagistes et que des créanciers chirographaires représentant au moins deux tiers de l'ensemble des créances chirographaires ont donné leur consentement, elle classe la demande en décidant que l'accord intervenu lie également les autres créanciers chirographaires, pourvu que les conditions prévues à l'article 1er, ter alinéa, soient remplies.

Art. 19.

1 Si un sursis ne peut être obtenu à l'amiable, l'autorité de concordat fixe des débats oraux, après avoir reçu l'avis de la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière. Le débiteur, les cautions et les créanciers pour les prétentions desquels le sursis est demandé sont convoqués personnellement.

2 Pour éclaircir les faits, l'autorité de concordat peut, le cas échéant, ouvrir préalablement une enquête complémentaire. Le débiteur et les cautions doivent répondre d'une manière véridique aux questions posées et produire les pièces justificatives qu'ils possèdent.

3 S'il y a lieu, l'autorité de concordat consulte la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière sur les acomptes à verser ou les sûretés à fournir par le débiteur conformément à l'article 8.

4 Le dossier est déposé dix jours avant les débats, à la disposition des intéressés qui désirent le consulter.

Art. 20.

1 La décision de l'autorité de concordat est motivée brièvement et indique exactement les créances pour lesquelles le sursis est accordé, la durée du sursis et, le cas échéant, les conditions posées.

2 La décision est notifiée par écrit et en expédition complète au débiteur, aux cautions et à la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière. Les créanciers qui ont participé à la procédure sont avisés par écrit qu'ils peuvent prendre connaissance de la décision et de ses considérants auprès de l'autorité de concordat dans un délai déterminé.

3 Le sursis est communiqué à l'office des poursuites et, le cas échéant, au bureau du registre foncier au moyen d'une copie du dispositif.

Art. 21.

1 Si la révocation du sursis est demandée, le débiteur doit être invité à donner son avis par écrit ou oralement. L'autorité de concordat recueille d'office les autres renseignements qui pourraient lui paraître nécessaires. Elle statue ensuite au vu des pièces du dossier.

2 La décision est communiquée par écrit, en expédition complète, au débiteur, aux cautions et créanciers intéressés, ainsi qu'à la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière; l'office des poursuites et, le cas échéant, le bureau du registre foncier en reçoivent le dispositif.

VII. Frais et émoluments.

Art. 22.

1 Le débiteur supporte les frais de la procédure devant l'autorité de concordat, que le sursis soit accordé ou non. Sur décision du président de cette autorité, il fournit des sûretés.

2 Les frais de la procédure de plainte et de révocation du sursis sont supportés par le créancier requérant si sa demande est rejetée, par le débiteur dans le cas contraire.

3 Le débiteur ne peut être condamné à payer une indemnité extrajudiciaire aux créanciers et à la société fiduciaire suisse de l'industrie hôtelière pour leur comparaison devant l'autorité de concordat.

Art. 23.

L'autorité de concordat perçoit un émoulement de vingt à cinquante francs pour la procédure et la décision relatives à l'octroi ou à la révocation du sursis. Le Tribunal fédéral perçoit un émoulement de vingt-cinq à cent francs pour un arrêt rendu sur plainte.

VIII. Application à l'industrie de la broderie.

Art. 24.

La présente ordonnance est applicable par analogie à l'industrie de la broderie et aux industries connexes, sous la réserve que la société coopérative fiduciaire de la broderie se substitue à la société fiduciaire de l'industrie hôtelière.

IX. Entrée en vigueur.

Art. 25.

La présente ordonnance entre en vigueur le 3 novembre 1939.

De notre Société

Séance du Comité central

Le Comité central a été convoqué pour une nouvelle séance qui aura lieu à Berne, vendredi prochain. Cette séance sera consacrée à préparer et à discuter encore les questions qui seront soumises à la prochaine assemblée extraordinaire des délégués. Le Comité s'occupera aussi des questions relatives aux employés et plus spécialement des possibilités de création de caisses de compensation. Il entendra en outre des rapports sur la fermeture de l'Exposition nationale, l'activité future de la Société Suisse des Hôtelières et les finances de celle-ci.

Pour une collaboration active

On peut constater, par l'ordre du jour de la prochaine Assemblée extraordinaire des délégués, qui aura lieu à Berne le 16 novembre, qu'une foule de problèmes très importants ont surgi du fait de la brusque modification de la situation à l'intérieur et à l'extérieur du pays. Ces problèmes particulièrement importants au point de vue professionnel et économique doivent être discutés et doivent trouver une solution à bref délai. Plusieurs rapports présenteront un tableau de la situation et l'analyseront. Le Comité central soumettra diverses propositions à l'Assemblée afin que des décisions puissent être prises. Mais, les organes directeurs de la Société qui ont établi cet ordre du jour, ne croient pas qu'ils ont ainsi fixé définitivement le cadre des délibérations. Au contraire, le Comité central compte sur une collaboration active et sur l'initiative des sections, des membres et des délégués. Les premiers sont instamment priés de nous communiquer sans tarder toute proposition qui pourrait contribuer à l'amélioration de la situation de l'industrie hôtelière ou toute proposition relative aux différents points qui seront discutés lors de l'Assemblée.

On espère que les délégués prendront activement part à la discussion. Le Comité central acceptera avec plaisir de discuter immédiatement ou d'examiner toute proposition utile, qui sera faite au cours des délibérations.

Les organes directeurs de la Société aimeront, après l'échange de vue qui aura lieu, avoir la certitude que leurs propositions et dispositions ne sont pas seulement acceptées, mais qu'elles sont fortement appuyées par toute l'hôtellerie, représentée par la Société suisse des Hôtelières. Les participants à l'Assemblée extraordinaire des délégués ne devront donc pas seulement se contenter d'écouter des rapports et d'accepter tacitement les décisions qui seront soumises à leur approbation, mais ils devront exprimer leur opinion, afin que l'on sache, s'ils estiment que les mesures prévues sont suffisantes ou si elles devraient être modifiées ou complétées.

Les points qui figurent à l'ordre du jour et les nouvelles propositions qui pourraient être faites doivent être discutés et débattus dans les sections entre les délégués et les membres. De telles discussions sont d'autant plus nécessaires qu'une assemblée des délégués ne peut être convoquée tous les deux mois. En outre il ne faut pas sous-estimer la portée des décisions à prendre et il faut que, dans la pratique, ces décisions soient efficaces. Il faut que nos membres soient conscients avec eux-mêmes et qu'ils appliquent ces décisions sans exception. Ainsi chaque participant fera son devoir en appuyant activement le Comité central pendant les délibérations et contribuera utilement à la discussion pour le plus grand bien de l'industrie hôtelière.

Divers

Après les élections au Conseil national

Les résultats des élections au Conseil national n'ont apporté ni surprise, ni modification spéciale dans la structure du précédent Conseil. Les partis historiques se sont peu modifiés, mais par contre les partis extrémistes ont disparu. On compte en tout 32 nouveaux conseillers tandis que les 1/3 des membres du précédent Conseil national ont obtenu de reprendre leur place à Berne.

Nous ne pouvons que nous féliciter de la brillante réélection des deux porte-paroles du tourisme, M. F. von Almen et du Dr Gafner, ainsi que de celle de tous les représentants des arts et métiers qui ont été confirmés dans leurs fonctions. Le groupe parlementaire pour les transports, le tourisme et l'hôtellerie n'a presque pas subi de modification, espérons que de nouvelles parlementaires viendront grossir ce groupe, car on est jamais assez fort et l'apport de forces nouvelles est toujours utile. Les votations dans les Grisons n'ont malheureusement pas permis la nomination des deux candidats hôtelières. Il est certes regrettable que le principal canton touristique de notre pays n'ait pu envoyer à Berne des représentants de notre profession, mais il ne faut pas perdre courage et il faudra mieux préparer le terrain la prochaine fois. Espérons que nos anciens représentants et leurs nouveaux collègues continueront à soutenir l'hôtellerie et le tourisme qui, l'année prochaine plus que jamais, auront besoin de tout leur appui.

NEUCHÂTEL CHATELAIN
la marque des bons hôtels...

Gesucht
1. Aide de Cuisine
mit Zeugnissen aus nur Erstklassbetrieben. Bewandert mit der ausgesprochen guten Restaurationküche. Monatslohn 200 Frs. Offerten unter Chiffre A. D. 2233 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Offerten von Vermittlungsbureaux
auf Inserate unter Chiffre bleiben von der Weiterbeförderung ausgeschlossen.

Chef de cuisine
51 ans, capable, retour de France, cherche place, brigade ou seul, saison ou année. Ecrite sous chiffre B. 43318 X., Publicitas, Genève.

Küchenchef
tüchtiger selbständiger Koch ges. Alters.
sucht Stelle
Offerten unter Chiffre C. 8841 T. an Publicitas Thun.

Inserieren bringt Gewinn!

Wolldecken, Steppdecken, Daun-Steppdecken, Duveltsdecken u. Kissen

A. Staub & Cie.
Seewen (Schwyz)

Umarbeiten von Duvelts in die Steppdecken, ebenso Neuberziehen von alten Steppdecken etc.

Steppdecken u. Bettwaren-Fabrik
A. Staub & Cie.
Seewen (Schwyz)

„Astko“ Steppdecken sind Qualitätsdecken

Le fournisseur d'hôtels est en danger

d'être dépassé par la concurrence s'il ne fait pas de la publicité!

Alleinstehende bescheidene Hotelangestellte (r)
die (der) über Fr. 1000.— bis 1500.— verfügt, findet gute bezahlte Anstellung u. freundliches Heim in kleinem Restaurant-Pension (Westschw.). Kapital wird sicher gestellt durch Hypothek. Offerten unter Chiffre A. 13155 Q an Publicitas Basel.

A céder
région du Jura
Hôtel, rest.-brasserie
remise à neuf, très confort, bien situé, loyer modéré avec 15000 frs. Offres sous chiffre E. R. 2235 à la Revue Suisse des Hôtels à Bâle 2.

Erfahrungsgewinn
Sprachkenntn. in allen Teilen des Hochrheins bewandert, bestempfohlen, sucht in Jahres- oder Monatsstelle passenden Wirkungskreis. Offerten unter Chiffre H. K. 2235 an die Schweizer Hotel-Revue Basel 2.

Was sollen wir Ihnen in unserm Inserat sagen?

Statt Ihnen unser reichhaltiges Lager anzupreisen, möchten wir Ihnen heute unsere tiefste Sympathie für die über die Mehrzahl der Schweizer Hotels neuerdings hereingebrochene Krisis ausdrücken. Auch wir leiden darunter, hoffen aber, dass Sie und wir den Mut aufbringen, tapfer durchzuhalten und uns gegenseitig loyal zu unterstützen.

TEPPICHHAUS

W. Geelhaar
Bern A.G.

Thunstrasse 7 - Helvetiaplatz - Thunstrasse 7
Telephon 210 58



1. KLASSE
Würden Sie mit einem Billet erster Klasse im Coupé dritter Klasse reisen? Warum zahlen Sie also einen erstklassigen Preis für drittklassigen Portwein? Bei Ihrem nächsten Einkauf von Portwein sagen Sie „SANDEMAN bitte“ und achten Sie darauf, dass es diese Marke ist!

SANDEMAN
PORT

SCHINDLER-AUFZÜGE
MOTOREN
GERAUSCHLOS
ZUVERLÄSSIG
DAUERHAFT
SCHINDLER & LUZERN
AUFZÜGE & ELEKTROMOTORENFABRIK

Unsere **Dépôtquittungsbücher**
Talon- und Durchschreib-System

Gebundene Bücher
mit Register

ermöglichen eine genaue Kontrolle von Geld- und Wertaschen-Hinterlagen

Koch & Utinger · Chur

Villars s. Ollon

Les Hôtels Monteseau (80 lits) et Chalet Anglais (50 lits) avec garages et buanderie, à Arroyos près Villars, **scrailent loués**

en bloc ou séparément pour la saison d'hiver à **Direction capable ou Institution** publique ou privée. Conditions avantageuses. S'adresser à la **BANQUE CANTONALE VAUDOISE**, agence de BEL-AIR, à Lausanne.

Hotel-Sekretärkurse

Spezialausbildung in allen für den modernen Hotel- u. Restaurantbetriebe notwendigen kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Fächern einschl. Fremdsprachen. Sonderlehrgänge für den Receptions-, Dolmetscherdienst. Individueller Unterricht. Rasche und gründliche Ausbildung. Diplome. Stellenvermittlung. Jeden Monat Neuaufnahmen. Auskunft und Prospekte durch **GADEMANN FACHSCHULE, ZÜRICH, Gessnerallee 32.**



Pflege der Böden ein Gebot der Hygiene!
Trocken-Reinigung verhindert die Ansammlung von Krankheitserregern. Darum empfiehlt sich die Universal-Bodensputzmaschine durch ihre glänzende Arbeitsmethode und Leistung. — Unverbindliche Vorführung.

Suter-Strickler Söhne, Maschinenfabrik, Horgen



Horgen-Glarus-Stühle sind beste Schweizer Qualitäts-Arbeit.

HORGEN-GLARUS

A.-G. Mobelfabrik
Horgen-Glarus in Horgen

HYGIENISCHE
Bedarfsartikel und Gummiwaren

Spezialmarke „Fronnis Act“ 5.50; „Neverrip“ 4.50 p. Dtz. Preisliste Nr. 10 mit dem Recht auf interessanten Gutschein gratis, verschlossen.

Sanitätsgeschäft P. Hübscher
Seefeldstrasse 4, Zürich 8.

Kein Risiko Darum UNION Einmal-Kassen

UNION
Kassenfabrik A.G.
Zürich

Ausstellung und Verkauf:
LÖWENSTRASSE 2 — „SCHMIDHOF“
Fabrik und Büro:
ALBISRIEDERSTRASSE 297 — TEL. 517 58
Verlangen Sie Prospekt No. 191

Bar-Einrichtung

Bartisch, Gestell und 8 Stühle ganz neu, Photo zur Verfügung, **zu verkaufen**

Offerten unter Chiffre B. E. 2231 an die Schweizer Hotel-Revue Basel 2.

Wenn Forellen blau,
dann **Blausee**
Forellen



aus kristallklaren Bergesquellen.
Forellenzucht Blausee
Tel 8 00 92 P. 8443 Y

Das darf nicht vorkommen



Das Gleichgewicht Ihres Budgets darf nicht verloren gehen, auch dann nicht, wenn Ihnen ein Unfall zustoßt. Schliessen Sie daher jetzt schon eine Police bei der „Zürich-Unfall“ ab, die Ihnen für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit ein bestimmtes Einkommen garantiert. — Auf Wunsch unterbreiten wir Ihnen gerne einen Ihren besonderen Verhältnissen angepassten Vorschlag.

„ZÜRICH“
Unfall

Unfall-, Haftpflicht-, Automobil-, Einbruchdiebstahl-Versicherungen

GENERALDIREKTION IN ZÜRICH
Telephon 7 3610 Mythenquai 2

Vergünstigungsvertrag mit dem Schweizer Hotelier-Verein

Leichtes Putzen

von Plättli, Stein, Holz, Aluminium, Kupfer mit



Krisif
im
Graßflacon

ADA
im
Eimer

Henkel & Cie. A. G., Basel **KD 48 b**

... aber gewiss,
nur bei Inserenten kaufen!

Aus der Landes-Ausstellung

noch einige National Registriermaschinen

zu reduzierten Preisen zu verkaufen

Modernste Modelle mit 1-29 Addierwerken, komplett revidiert, mit 2jähriger Fabrikgarantie. Grosse Zahlungserleichterungen.

Detaillierte, unverbindliche Offerten erteilt die

NATIONAL REGISTRIERKASSEN A.-G., ZÜRICH

Werdmühleplatz 4 - Telefon 526 80

